Nürnberg,
Dienstag, den 14. Juni 1932

Vierteljahresabonnement 1.50 RM. Für Nichtmitglieder nur Postbezug. — Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile (Nichtberufliches ausgeschlossen) 0,40 RM. Stellenvermittlungsanzeigen die Hälfte. Redaktionsschluß Sonntag. Fernsprechnummer der Redaktion: Nürnberg 24403. — Anzeigenannahme und Redaktion Nürnberg 4 (Postfach). — Versandstelle Essenweinstraße 1. — Einzelnummer 15 Rpf. Zahlungen für Inserate usw. Postscheckkonto Nürnberg 23989. Expedition „Der Schuhmacher" Nürnberg

Der Schuhmacher

Erscheint wöchentlich am Dienstag

Postsendungen an diese Zeitung sind zu richten an: „Der Schuhmacher" Nürnberg, Postamt 4, Abholfach

Nr. 25
46. Jahrgang

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg

Zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

Forderung auf Arbeitszeitverkürzung in der Schuhindustrie

Zahlreiche Zuschriften aus den verschiedenen Industriezentren legen beredtes Zeugnis davon ab, daß unter der Arbeiterschaft der Schuhindustrie das neue Verlangen der Schuhindustriellen auf einen noch weiteren Lohnabbau mit stürmischer Entrüstung aufgenommen worden ist. Die Arbeitnehmerverbände werden anläßlich der Verhandlungen — die, wie es heißt, voraussichtlich auf den 20. Juni angesetzt sind — mit einwandfreiem Material nachweisen, daß an eine weitere Lohnkürzung in der Schuhindustrie auf keinen Fall gedacht werden kann. Sie werden aber die Gelegenheit ergreifen, um die Vertreter der Schuhindustrie zu einer endlichen Stellungnahme in der längst überreif gewordenen Frage der Neuregelung der Arbeitszeit zu veranlassen.

Die Arbeitnehmerverbände haben gemeinschaftlich nachfolgende Anträge an die Fabrikantenverbände eingereicht:

Anträge der Arbeitnehmerverbände zum Reichstarif

I.

Zum Zwecke der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und unter Bezugnahme auf die zu dem gleichen Zwecke von den zuständigen Stellen des Reiches, der Länder und Gemeinden wiederholt empfohlenen Maßnahmen wird von den Vertragsparteien des Reichstarifvertrages für die Schuhindustrie folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden, und zwar von Montag bis Freitag je einschließlich täglich 8 Stunden. An Sonnabenden wird nicht gearbeitet. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit sowie Pausen werden unter Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung festgelegt. Pausen sowie die Zeit für Ein- und Auskleiden sind in die Arbeitszeit nicht einzurechnen.
2. Ueberstunden über die regelmäßige tägliche Arbeitszeit hinaus sind unzulässig.
3. Soweit in Betrieben noch länger als 40 Stunden gearbeitet wird, ist die Arbeitszeit auf 40 Stunden herabzusetzen und sind im gleichen Ausmaße der Verkürzung der Arbeitszeit neue Arbeitskräfte einzustellen.
4. Soweit in Betrieben weniger als 40 Stunden gearbeitet wird, darf eine eventuelle Erhöhung der Arbeitszeit nur auf 40 Stunden erfolgen. Bei Notwendigkeit einer weiteren Produktionserhöhung sind neue Arbeitskräfte einzustellen.
5. Bei Einstellung neuer Arbeitskräfte sind die früheren Betriebsangehörigen in erster Linie zu berücksichtigen.
6. Soweit Bestimmungen des Tarifvertrages und der Arbeitsordnung vorstehender Vereinbarung zuwiderlaufen, gelten dieselben als außer Kraft gesetzt.

II.

Zum Zwecke des Lohnausgleiches infolge Verkürzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden, tritt mit dem 1. Juli 1932 folgender Zusatzvertrag in Kraft:

1. Der Mindeststundenlohn für einen männlichen Zeitlohnarbeiter über 21 Jahre in Ortsklasse I beträgt ab 1. Juli 1932

   92 (zweiundneunzig) Pfennige,

   im übrigen gestaffelt nach den Bestimmungen des Hauptvertrages.
2. Sämtliche tatsächlichen Zeitlöhne und Akkordsätze erhöhen sich vom genannten Zeitpunkt ab um 20,26 Prozent. Die Umrechnung der Akkordsätze hat bis spätestens 15. Juli 1932 zu erfolgen. Solange die Umrechnung nicht stattgefunden hat, erhalten die Akkordarbeiter pro geleistete Arbeitsstunde den pfennigmäßigen Zuschlag, welcher sich, gestaffelt nach Orts-, Alters- und Geschlechtsklassen, aus dem Differenzbetrag vom seitherigen zum neuen Mindestzeitlohn ergibt.
3. Wie seither.
4. Unter Einsetzung anderer Daten wie seither.

Schluß mit dem Lohnabbau

Die Lohnverluste der Industriearbeiterschaft

Die Lohnverluste der Industriearbeiterschaft wachsen von Monat zu Monat. Immer stärkere Arbeitslosigkeit, immer weiter verbreitete Kurzarbeit, steigende Beiträge zur Sozialversicherung bei sinkenden Leistungen, neue oder erhöhte Steuern, sinkende übertarifliche Lohnzuschläge und immer neuer Abbau der Tariflöhne selber rauben dem Arbeiter einen immer größeren Teil seines Arbeitseinkommens.

Allein im Januar 1932 verlor die Industriearbeiterschaft rund 116 Millionen Mark. Das heißt, ihr Einkommen war im Januar um 116 Millionen Mark geringer als im Dezember 1931.

Vergleichen wir jedoch das Einkommen der gesamten Industriearbeiterschaft im Januar 1932 mit dem im Juli 1929, so ergibt sich, daß das heutige Monatseinkommen **um rund eine Milliarde geringer ist als im Juli 1929.**

Hätte die Industriearbeiterschaft in all den Monaten seit Juli 1929 keinen Einkommensverlust gehabt, das heißt, wäre ihr Monatseinkommen seit Juli 1929 unverändert geblieben, so hätte sie im ganzen etwa 13 Milliarden Mark mehr bekommen als sie tatsächlich erhalten hat. **13 Milliarden Mark sind der Industriearbeiterschaft bisher von ihrem Einkommen abgezogen worden.** (An anderer Stelle dieses Blattes veröffentlichen wir die neuesten Feststellungen des Konjunkturforschungsinstituts, die zeigen, daß dieser Zustand sich inzwischen noch verschlimmert hat.)

Die vorstehend genannten gewaltigen Einkommensverluste beziehen sich nur auf die Industriearbeiterschaft. Man kann schätzen, daß das gesamte Arbeitseinkommen um etwa das Doppelte vermindert worden ist. Allen Arbeitern und Angestellten gingen also durch Arbeitslosigkeit, durch Lohnkürzungen und Gehaltssenkungen usw. etwa 26 Milliarden Mark seit Juli 1929 verloren.

26 Milliarden Mark verlorenes Einkommen! Eine ungeheuerlich schnell fortschreitende Verelendung, ein furchtbarer Druck auf die Lebenshaltung!

Die deutschen Schuhfabrikanten

haben aus diesen Feststellungen wenig gelernt. Sie folgen der ihnen offenbar von dem Spitzenverband der Unternehmer suggerierten scharfmacherischen Parole, sich für einen noch stärkeren Lohndruck einzusetzen. In ihrer Verblendung scheinen sie ganz zu übersehen, daß **ihnen im ureigensten Interesse die Verfechtung dieser Parole** am allerwenigsten ansteht, daß sie im Gegenteil mit aller Schärfe gegen sie auftreten müßten. Denn dieser nun tatsächlich auf die Spitze getriebene Lohndruck muß auch das letzte bißchen Konsumkraft der breiten Massen in Frage stellen.

Daß die breiten Massen der Arbeitnehmer auch Käufer von Waren sein müssen, kümmert die Lohndrücker und Tarifverschlechterer, sagen wir, in den Kreisen der Schwereisenindustrie, nicht im geringsten. Jene Herren rechnen vielleicht darauf, wenn es im Inlande nicht so geht, im Auslandsabsatz ihrer Erzeugnisse noch zu angemessenen Profiten zu gelangen. Aber daß eine ausgesprochene Industrie von Massenbedarfsgütern wie die Schuhindustrie, die nun einmal in erster Linie auf den Inlandsabsatz ihrer Erzeugnisse angewiesen ist, von den Lohnabbau-Parolen des schwerindustriellen Scharfmachertums sich ins Schlepptau nehmen läßt, bleibt einfach unverständlich.

Die Arbeitnehmerschaft der Schuhindustrie ist fest entschlossen den bisherigen, leider schon viel zu sehr herabgedrückten Lohnstand unter allen Umständen zu verteidigen. Sie tut dies unter dem Bewußtsein, damit dem Berufsinteresse wie auch dem Interesse der Volkswirtschaft an sich tatsächlich zu entsprechen.

Lohnverluste der Industriearbeiterschaft seit Juli 1929*)

Monat	Im Monat neu hinzukommender Lohnverlust Mill. Mk.	Gesamter Lohnverlust während des Monats Mill. Mk.	Gesamter Lohnverlust seit Juli 1929 Mill. Mk.
1929			
August	5	5	5
September	9	14	19
Oktober	21	35	54
November	53	88	142
Dezember	91	179	321
1930			
Januar	54	233	554
Februar	25	258	812
März	7**)	251	1 063
April	11**)	240	1 303
Mai	15**)	225	1 528
Juni	23	248	1 776
Juli	48	296	2 072
August	51	347	2 419
September	27	374	2 793
Oktober	39	413	3 206
November	26	439	3 645
Dezember	63	502	4 147
1931			
Januar	27	529	4 676
Februar	16	545	5 221
März	2	547	5 768
April	23	570	6 338
Mai	11	581	6 919
Juni	2	583	7 502
Juli	73	656	8 158
August	44	700	8 858
September	23	723	9 581
Oktober	32	755	10 336
November	34	789	11 125
Dezember	50	839	11 964
1932			
Januar	116	955	12 919

*) Berechnet auf Grund der Wochenlohnstatistik der F. K. in der monatlichen Konjunkturübersicht und der Annahme einer Anzahl von 10 000 000 Industriearbeitern. Die Zahlen im folgenden beziehen sich ausschließlich auf die Industriearbeiterschaft; schließen also sowohl die Angestellten überhaupt wie auch die Arbeiter anderer Wirtschaftszweige (Landwirtschaft, Handelsarbeiter usw.) aus.
**) Lohnsteigerung.

„Ein bisher einzigartiger Rückgang des Arbeitseinkommens"

Stellt das Institut für Konjunkturforschung fest

Das Institut für Konjunkturforschung weist in seinen Konjunkturfeststellungen für Ende Mai besonders auf die verheerenden Wirkungen des Lohnabbaus und der handelspolitischen Wirrungen hin. Die Umsätze stehen unter Druck der Einkommensschrumpfung und der Einfuhrsperren.

Für Deutschland kann das Konjunkturforschungsinstitut keine Anzeichen einer allgemeinen Konsolidierung feststellen. Der anhaltende Druck auf das Einkommen läßt die Konsumkraft des deutschen Volkes mehr und mehr zusammenschmelzen und treibt die Verkaufserlöse von Einzelhandel, Verbrauchsgüterindustrien und Landwirtschaft zu weiterem Rückgang. Immer wieder tritt bei den weiteren Verheerungen der Wirtschaft der Faktor des Lohnabbaus in den Vordergrund.

Der Statistiker, der die Zahlen im Konjunkturbericht aneinandergereiht hat, scheint selbst von den Folgen der Lohnabbaumaßnahmen erschrocken gewesen zu sein und faßt seinen Eindruck in den klassischen Worten zusammen: „Die allgemeine Lohn- und Gehaltssenkung hat zu einem in seiner Größe bisher einzigartigen Rückgang des Arbeitseinkommens geführt." Das Institut schätzt das Arbeitseinkommen für das erste Vierteljahr 1932 auf 6,6 Milliarden Mark. Im ersten Vierteljahr 1931 betrug dagegen das Arbeitseinkommen etwa 8,6 Milliarden. Mit den Zahlen des Statistikers: Innerhalb eines Jahres ist das Arbeitseinkommen um beinahe 23 Prozent gesunken. Für das zweite Vierteljahr 1932 schätzt das Institut das Arbeitseinkommen auf 6,8 Milliarden. Die höhere Schätzung hängt mit den mäßigen Besserungen auf den Arbeitsmärkten zusammen. „In der großen Linie geht das Arbeitseinkommen", zu diesem Schluß kommt das Konjunkturforschungsinstitut trotzdem, „indessen wohl weiter zurück." Vergleicht man den Stand des gegenwärtigen Arbeitseinkommens mit dem letzten Konjunkturjahr, dem Jahre 1929, so ergibt sich ein Rückgang im Arbeitseinkommen von 36 Prozent. Davon entfallen 21 Prozent auf Rückgang der Beschäftigung und 15 Prozent auf Gehaltsabbau.

Soweit die trockenen Zahlen. Dahinter stehen aber ein Meer von Elend in der Bevölkerung, besonders bei den Arbeitslosen, Verheerung der Wirtschaft durch Lohnabbau, Stagnation der gesamten Wirtschaftstätigkeit! Man fragt, wie lange soll das noch weiter gehen?

Die Arbeitszeit muß verkürzt werden!

Heraus mit der Fünftagewoche!

Die Arbeitslosigkeit wächst von Tag zu Tag. Immer umfangreicher und bedrohlicher wird die Krise, **immer mehr Menschen verlieren ihre Arbeit** und damit ihren Lohn, von dem allein sie leben. Mit der Arbeitslosigkeit wächst aber auch die Not und die Sorge. Je höher die Flut der Arbeitslosigkeit steigt, je mehr Betriebe und Unternehmungen die Krise in ihren Strudel hineinzieht, desto unsicherer wird die Existenz aller der in abhängigen Stellungen sich befindlichen

Menschen, desto geringer wird die Hoffnung der schon Arbeitslosen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Die Wirtschaftskrise und die Rationalisierung, die wiederum sehr zur Verschärfung der Krise beigetragen hat, haben große Massen arbeitender Menschen aus dem Produktionsprozeß herausgeschleudert, von denen ein Teil auch dann nicht mehr in die Betriebe zurückkehren dürfte, wenn die Krise abgeflaut sein wird, weil die Maschine ihre Arbeit verrichtet. **Große Teile der Arbeitslosenmassen können nur dann wieder einen Arbeitsplatz erhalten, wenn die Arbeitszeit wesentlich verkürzt wird.**

Es gibt keinen anderen Weg, um die große Arbeitslosigkeit zu beseitigen, als die Verkürzung der Arbeitszeit. Jedenfalls ist die Verkürzung der Arbeitszeit von all den vorgeschlagenen Mitteln, wie Arbeitsbeschaffung, Stärkung der Kaufkraft, Notstandsarbeiten, öffentliche Investitionen usw. das naheliegendste. Wer die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit für alle ablehnt, der soll den Arbeitslosen einen anderen Weg zeigen, der sie aus ihrer Arbeitslosigkeit herausführt. Wir wollen gewiß nicht verkennen, daß auch durch die Herabsetzung der Arbeitszeit um einige Stunden in der Woche nicht sofort alle Arbeitslosen wieder einen Arbeitsplatz erlangen können, **aber die Arbeitszeitverkürzung ist das allernächste Mittel, das den Fortschritten auf dem Gebiete der Technik einigermaßen wirtschaftspolitisch ein Gegengewicht entgegenzustellen vermag.** Unter den Maßnahmen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, steht die Arbeitszeitverkürzung an erster Stelle.

Die Arbeitszeitverkürzung ist aber auch für jene Menschen eine Notwendigkeit, die im Betriebe stehen. Die gesteigerte Ausbeutung durch raffinierte Akkord- und Prämiensysteme, die vollständige Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft durch die Rationalisierungsmethoden erfordern auch für die Beschäftigten sehr dringend eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit, damit ihre Gesundheit nicht zerstört wird.

Die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit, die von den freien Gewerkschaften erhoben wird, ist die zentrale Tagesfrage, die nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden darf. **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** wirksamer Art, um langfristig, Arbeitslose wieder in Lohn und Brot zu bringen, daneben aber gleichzeitig Durchführung der 40-Stunden-Woche, um zunächst einmal ein Gegengewicht für den fortgeschrittenen Technisierungsprozeß herzustellen! Es wird Aufgabe der Arbeiter sein, mit aller Kraft für diese Forderungen sich einzusetzen!

Indexgefahren

Von Professor Dr. Helmuth Wolff (Halle an der Saale).

Die **Indexzahlen für die Gesamtlebenshaltung**, die nun seit mehr als zehn Jahren regelmäßig bekanntgegeben werden, gelten als der gewissenhafteste Ausdruck der Bewegung der gesamten Kosten der Lebenserhaltung unserer Bevölkerung.

In der Tat drücken die Indexzahlen die Bewegung der Kosten für die Ausgaben der faktischen Lebenserhaltung in durchaus geeigneter und zuverlässiger Weise aus.

Wenn der Gesamtindex besagt, daß z. B. der Stand Ende Dezember 1931 um 9,6 Punkte niedriger war als im Dezember 1926 – das ist ungefähr der Zeitpunkt, auf dessen Lebenshaltung die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 alle Ausgaben (und Einnahmen) zurückführen wollte, — so ist diese Zahl an sich richtig. Aber sie gibt trotz allem kein zutreffendes Bild von den Ausgaben, die eigentlich verglichen werden sollen.

Einmal besagen diese 9,6 **Punkte** nicht etwa ebenso viele Prozente, da die Indexzahl selbst weit über 100 steht, die 9,6 Punkte in Prozent der Indexzahl vom Dezember 1926, die 140,0 lautete, im Dezember 1931 also nur 6,9 Prozent Rückgang bedeuten.

Die prozentuale Beziehung ergibt demnach ein ganz anderes Bild als die „indexmäßige". Der indexmäßige Vergleich darf nicht angewendet werden, wenn alle übrigen Beziehungen prozentual ausgedrückt werden, weil sonst leicht Täuschung und Enttäuschung entstehen.

Zweitens aber und noch viel wichtiger ist die Tatsache, daß in den Unterlagen der Indexausgaben die sozialen Abgaben und die steuerlichen Leistungen nicht enthalten sind, diese aber in den fünf Jahren stark zugenommen haben.

Die Ausgaben des Normalhaushalts, für den die Indexberechnung stattfindet, sind im Dezember 1926 durch diese Zwangsabgaben monatlich um etwa 15 RM erhöht worden; sie werden jetzt aber durch die **Bürgersteuer**, die **Krisensteuer** und die **Erhöhung** der **Versicherungsbeiträge** um etwa 25 RM erhöht.

Wenn im Dezember 1926 die der Indexberechnung zugrunde liegende Familie von Mann, Frau und drei Kindern (in einer mittleren Stadt) etwa 160 RM angesetzte Ausgaben hatte, so waren damals bei 15 RM monatlich Zuschlag für öffentliche Abgaben also faktisch 175 RM auszugeben; wenn heute 6,9 Prozent weniger angesetzte Ausgaben vorliegen, das heißt 148,60 RM und dazu 25 RM öffentliche Ausgaben*) treten, so sind das 173,60 RM faktische Ausgaben je Monat oder nur 0,8 Prozent weniger als vor fünf Jahren.

So wenig falsch es ist, die jeweilige Lebenshaltung ohne Berücksichtigung der öffentlichen Abgaben darzustellen, weil diese Abgaben im gleichen Augenblick natürlich überall gleich hoch sind, so unzureichend ist der Vergleich der „Teuerungszahlen", wenn er zeitlich auseinanderliegende Zahlen benutzt, solange nicht alle Ausgaben, also auch die — ja ebenfalls beweglichen — öffentlichen Abgaben einbezogen werden.

Hinzuzufügen wäre im übrigen noch, daß der amtliche Lebenshaltungsindex die Dinge günstiger zeigt als sie sind, insbesondere, weil er immer noch mit solchen Nahrungsmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen rechnet, die im Haushalt des Angestellten und Arbeiters gerade wegen des geschrumpften Einkommens **längst keine Rolle mehr spielen.** Der Arbeiter muß sich mit der anspruchslosesten Kost begnügen. Das bedeutet an sich nicht Wohlfeilheit der konsumierten Lebensmittel. Man braucht sich nur der in den letzten Monaten immer noch anhaltenden Preissteigerung für Gemüse und Kartoffeln zu erinnern. Es ist im Arbeiterhaushalt bereits unmöglich, qualifizierte Nahrungsmittel, z. B. Butter, für die Ernährungsweise mit in Betracht zu ziehen.

*) Das ist der Mindestsatz, der jetzt hierfür einzusetzen ist.

Immer noch nette Verdienste!

In der Generalversammlung der J. G. Farbenindustrie AG. stellte ein Aktionar den Antrag, die Bezüge der Verwaltungsmitglieder um die Hälfte zu kürzen, wodurch 3½ Millionen Mark gespart werden können. Wenn die Verwaltungsmitglieder der J. G. Farbenindustrie heute noch je Jahr 7 Mill. Mark für ihre Tätigkeit erhalten, so ist dadurch der Beweis geliefert, daß bei den Spitzen der Industrie auch heute noch sehr viel Geld verdient wird. Der Antrag ist von der Generalversammlung bezeichnenderweise abgelehnt worden. Selbst für außerordentlich tüchtige Personen, die im Wirtschaftsprozeß tätig sind, läßt es sich in der heutigen Zeit nicht vertreten, daß sie Gelder in solcher Höhe beziehen, die gegen die Not des Volkes im großen Widerspruch steht. Von den Arbeitern und Angestellten der Industrie verlangt man, daß sie ihren Lebensstandard auf das denkbar niedrigste Maß herabschrauben. An der Spitze denkt man an eine derartige Reduzierung nicht. Darin zeigt sich die Moral der heutigen Wirtschaftsweise.

Leben um zu arbeiten oder arbeiten um zu leben

Es ist ein ewiger Grundsatz der Volkswirtschaft, daß Güterverbrauch und nicht die Gütererzeugung dem wirtschaftlichen Handeln Sinn und Zweck gibt. Dieser Grundsatz wird leider namentlich von Unternehmern in das Gegenteil umgekehrt angewandt. Die Gewerkschaften richten demgegenüber ihre ganze Tätigkeit darauf ein, diesem ehernen Grundsatz der Volkswirtschaft Geltung zu verschaffen. Der Mensch soll nicht leben, um zu arbeiten, sondern arbeiten, um zu leben. Den Gewerkschaftsmitgliedern sind vielfach die Erfolge nicht so zum Bewußtsein gekommen, die ihre Organisationen in allen Ländern erreicht haben. In der „Bergwerks-Zeitung" Nr. 105 gibt jemand seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Gewerkschaftssozialismus in Australien nun am Ende sei. Die Errungenschaften der dortigen Arbeiterschaft müssen von dem Artikelschreiber dennoch anerkannt werden:

„In Verfolg dieser Gewerkschaftspolitik gelang es allerdings, für die städtische Arbeiterschaft Vorteile und Zugeständnisse herauszubolen, die Australien in der übrigen Welt die Bezeichnung eines „Arbeiterparadieses" einbrachten. Die 5-Tage-Woche war lange vor dem allerdings bald wieder liquidierten russischen Experiment eine Selbstverständlichkeit in Australien. Gearbeitet wurden normalerweise 44 Stunden wöchentlich. Der Samstag war frei. Hier war also das englische Wochenende in seiner vollkommensten Form erreicht. Für unsaubere oder besonders anstrengende Arbeiten bestand sogar die 36-Stunden-Woche. Jeder Arbeiter erhielt im Alter eine Staatsrente. Auch steuerlich wurde die Stadtbevölkerung ungewöhnlich bevorzugt. So blieben z. B. Einkommen bis 6000 RM unversteuert. Dazu kam ein ungewöhnlich hoher Lebensstandard. Ein großer Teil der Arbeiter wohnte in schmucken und komfortablen Eigenheimen. Der Besitz eines Autos war etwas durchaus Normales. Alle Annehmlichkeiten der modernen Zivilisation standen zu einem erheblichen Teil dem australischen Arbeiter zur Verfügung. Australien war der große Renommierertyp der reformistisch-staatskapitalistischen Gewerkschaften und der Zweiten Internationale."

Die Gewerkschaften in Australien hatten also jenem von uns erwähnten Grundsatz wirtschaftlichen Handelns weitgehend Geltung verschafft. Mit hämischer Freude triumphiert die Reaktion aller Länder darüber, daß die Weltwirtschaftskrise die jahrzehntelangen Erfolge emsiger Organisationsarbeit vernichtet hat. Es muß heiligster Grundsatz jedes Gewerkschaftsmitgliedes sein, in allen Ländern wieder das zur Durchführung zu bringen, was in Australien zur Tatsache geworden war. Um einen hohen Lebensstandard zu erreichen und ihn dauernd festzuhalten, sind nicht nur starke Organisationen, sondern der Aufwand aller Kraft notwendig. Die nächsten Jahre werden erweisen, ob die Arbeiter, Angestellten und Beamten die Bedeutung der Zeitenwende begriffen haben. Hat der politische und wirtschaftliche Niederbruch Folgen bezeugt, daß Errungenschaften der letzten Jahre für immer verloren sind, dann müßte man an der Menschheit verzweifeln. Im Zeitalter der Technik, der Herstellung von Massenwaren, darf und kann es kein Zurück geben zu Zuständen, wie wir sie etwa unter dem Feudalismus hatten. Deshalb glauben wir an unser Vorwärtsschreiten, trotz aller Rückschläge, die zeitweilig zu verbuchen sind.

Niederlage der Hakenkreuzler bedeutet Schluß mit der Wirtschaftsknebelung

Die meisten Unternehmer wissen ganz gut, daß jede Konsumschröpfung die Wirtschaft weiter ruiniert. Jeder spekuliert aber darauf, daß er selbst von der durch Lohndruck unvermeidlich bewirkten Konsumdrosselung weniger betroffen werde, als er mit der Lohneinsparung gewinne. Der Leidtragende soll immer nur der andere sein.

Nach dieser Theorie der falsch Spekulierenden machen

auch die Schuhfabrikanten

in Sturm auf die Löhne. Die deutsche Schuhindustrie hat gute Jahre hinter sich. Trotz der angeblich ruinösen hohen Löhne und Sozialabgaben konnte sie die Produktion und die Ausfuhr mächtig steigern. Nach einer amtlichen Erhebung stellt sich der Wert der deutschen Schuhfabrikation im Jahre 1930 auf 712 Millionen Mark, 60 Millionen Mark entfallen davon auf die Ausfuhr. Die Konsumvernichtungspolitik in Deutschland hat hier die Krise verschärft, droht sie weiter zu verschärfen. Dagegen zeigt sich, daß ebenso wie die übrigen Verarbeitungsindustriellen auch die Schuhfabriken in den USA. nach der Erkenntnis praktizieren, durch mögliche Erhaltung der Massenkonsumfähigkeit den Inlandsmarkt gegen völlige Zerrüttung zu schützen. Sie verkürzten die Arbeitszeit und hielten die Einkommenssenkungen im Rahmen vorausgegangener Verminderung der Lebenshaltungskosten.

Nach dem Durchschnitt von 24 Berarbeitungsindustrien ist die wöchentliche Arbeitszeit seit Juli 1914 bis Januar 1932 um 18,3 auf 37,2 Stunden verkürzt worden. Und trotz Abstieg der Stundenlöhne und Kurzarbeit ergibt sich, als Auswirkung erheblicher Preissenkung, für die gleiche Zeit eine Steigerung der Wochenverdienste. Nachstehende Zusammenstellung illustriert die Lohnentwicklung in der amerikanischen Schuhindustrie. Es betrug der Stundenlohn Wochenverdienst

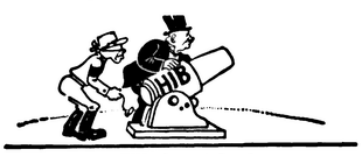
	cts.	Dollar
Juli 1914	23,7	12,80
Juli 1927	55,4	25,17
Januar 1932	48,9	18,69
Steigerung im Januar 1932 gegenüber Juli 1914 in %	103,7	46

In Deutschland ist die Kaufkraft der Löhne meist schon unter das Niveau von 1914 hinabgedrückt worden. Nun hat formloser Regierungsschuh und Berufung von Männern aus dem Adel und Militär, einem Gremium ausgesprochener Gegnerschaft zu den Gewerkschaften, die Regierungsgewalt übertragen. Ein Signal zu neuem Lohndruck, Sozialabbau, zur Verhinderung der von den Gewerkschaften geforderten Arbeitszeitverkürzung und Sabotage der Arbeitsbeschaffungspläne. Das muß und wird aber auch ein Signal sein, die Arbeiterschaft jetzt in Millionen Massen um die Gewerkschaften zu scharen. Nochmals soll der Schwindel mit der sogenannten Arbeiterpartei und nazi-sozialistischem Programm, soll chauvinistische Hetze helfen, große Massen von Arbeitern der Nazipartei zuzutreiben, um dann, mit hohnvollem Hinweis auf den Willen der Majorität des Volkes, die Gewerkschaften zu verschlagen, der Arbeiterschaft den Schutz gegen Lohnraub, jedes Kampfmittel aus der Hand zu winden.

Auf wirtschaftlichem, lohnpolitischem, sozialpolitischem Gebiet geht es bei der jetzigen Reichstagswahl um die Parole: Für oder wider die Gewerkschaften!

Was die Adlesherrn, was die Großgrundbesitzer, was die Rüstungsfabrikanten, was Generalsclique und Inflationsschieber durch ihre Regierung gegen die Volksstimmung und durch die Hitlerpartei als Ziel verkünden lassen, soll lediglich die ausschweifend arbeiterfeindlichen Pläne der gesammten Reaktion verschleiern. Der schwerste, der entscheidungsvollste Wahlkampf ist entbrannt. Sieg des Faschismus wäre gleichbedeutend mit bösartigster Versklavung der deutschen Arbeiterschaft. Niederlage des Faschismus bedeutet Sieg der Gewerkschaften, bedeutet aber auch dann unabwendbar: Umkehr in der Wirtschaftspolitik. Schluß mit dem Konsummord! Bedeutet Verkürzung der Arbeitszeit! Bedeutet Inangriffnahme umfassender Arbeitsbeschaffungspläne! Bedeutet Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit!

Das wahre Ziel der Nazis



mit Hilfe der erträumten Betriebszellen-Organisation:

Zertrümmerung aller sozialen Errungenschaften

Lebenshaltungsindex und Arbeiterlohn

Die erneuten Angriffe der Schwerindustrie auf die Löhne, die nach ihrem Urteil immer noch nicht genug gesenkt wurden, stützt sich auf die im letzten Jahr erreichte Senkung der Lebenshaltungskosten. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht jetzt (Wirtschaft und Statistik, 1. Marzheft) vergleichende Zahlen über den Stand der Lebenshaltungskosten im Februar 1932 gegen Februar 1931. Darnach ergibt sich seit einem Jahr eine Senkung der Lebenshaltungskosten um 11,9 Prozent. Diese Verminderung der Lebenshaltungskosten ist vor allem bedingt durch die Senkung der Ernährungsausgaben, die nach dem Statistischen Reichsamt insgesamt 13,1 Prozent ausmachen.

Sieht man näher zu, so stellt sich aber folgendes heraus: Die wichtigste Nahrungsmittel nicht nur der Arbeitslosen, sondern auch der beschäftigten Arbeiter, die auf Kurzarbeit gesetzt sind oder erwerbslose Angehörige unterstützen müssen — das sind heute die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten! — **Kartoffeln** kosteten Ende Februar 2,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die beiden anderen wichtigsten Nahrungsmittel im Arbeiterhaushalt, **Brot** und **Mehl**, sinken im Preis nur um 1,1 Prozent. Die Nahrmittel um 4,7 Prozent.

(Schluß nächste Seite)

Daß der Lebenshaltungsindex für Ernährungskosten trotzdem so erheblich sank, liegt an der starken Verbilligung für Fleisch- und Fleischwaren (26,6 Prozent), Eier (26,9 Prozent), Milch-, Milcherzeugnisse und Margarine (16,8 Prozent). Das sind aber die Nahrungsmittel, die im gegenwärtigen dürftigen Arbeiterhaushalt verhältnismäßig eine geringere Rolle spielen, da sie bei den vorhandenen Einkommensverhältnissen den Arbeitern trotz ihrer Verbilligung in großeren Mengen unerschwinglich sind.

So mag denn auch ein Lebenshaltungsindex, der sich auf solche Lebensmittelpreise stützt, die im Arbeiterhaushalt eine stets geringere Rolle spielen, für die Lebenshaltung des Besitzbürgertums maßgebend sein, darf aber nicht benutzt werden, um daraus die Verbilligung auch des Arbeiterhaushaltes oder des Haushaltes der Angestellten in niedrigeren Gehaltsklassen abzuleiten.

Um die Urlaubsentschädigung bei Kurzarbeit

Die Tarifparteien des Metallarbeitertarifs, und zwar der Deutsche Metallarbeiterverband, der Christliche Metallarbeiterverband, der Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter, der Deutsche Holzarbeiterverband, der Zentralverband der Maschinisten und Heizer, der Verband der Maler und Lackierer und der Verband der Kupferschmiede klagten gegen den Verband der Hannoverschen Metallindustriellen vor dem Arbeitsgericht Hannover und verlangten, festzustellen, daß die Firmen Gebr. Körting und Hackethal-Draht- und Kabelwerke ihren Arbeitern die Urlaubszeit voll mit 8 Stunden täglich zu vergüten haben. Bei diesen beiden Firmen wird verkürzt gearbeitet und sie zahlen an die beurlaubten Arbeiter nur eine Entschädigung, die den in der Woche geleisteten Stunden der in Arbeit Befindlichen entspricht. Die Arbeiterverbände halten das dem Tarifvertrag nicht entsprechend, sie behaupten, in der Vergangenheit sei es unstrittig gewesen, daß den beurlaubten Arbeitern für jeden Urlaubstag acht Stundenlohne mit den vorgeschriebenen Zuschlägen zu zahlen waren. Wenn früher die Schlichtungsstelle in dieser Sache angerufen ist, ist stets eine Regelung in diesem Sinne zustande gekommen. Im Jahre 1926 sei aber auch eine Vereinbarung zwischen den Parteien getroffen, die die Angelegenheit im gleichen Sinne regelte. Es habe sich also ein Gewohnheitsrecht herausgebildet. **Eine Aenderung verstoße gegen den Tarifvertrag.**

Der Industriellenverband bestreitet, daß ein Interesse an der Feststellung vorliegt, der Streit könne nur im Wege einer Leistungsklage ausgetragen werden. Der Industriellenverband könne in dieser Sache überhaupt nicht verklagt werden. Die beiden Firmen stützten sich auf Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts; auf eine besondere Anweisung des Industriellenverbandes handelten sie nicht. Der Tarif enthalte keine Bestimmung, die besagt, daß bei Kurzarbeit die Entschädigung für achtstündige Arbeitszeit gezahlt werden müsse. Ein Gewohnheitsrecht habe sich nicht herausgebildet und die Vereinbarung vom Jahre 1926 sage gerade das Gegenteil von dem, was die Kläger behaupten.

Die Klage wurde vom Arbeitsgericht Hannover unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Jasching abgewiesen. Das Gericht hält die Zulässigkeit der Feststellungsklage für gegeben. Die Klage ist aber sachlich nicht begründet. Es kann dahingestellt bleiben, ob eine Tarifübung bestanden hat. Die Verhältnisse bis zur Beendigung der Inflation beruhten auf anderen wirtschaftlichen Grundlagen als zur Zeit. Das Urlaubsabkommen, auf welches sich die Kläger berufen, kann daher für diese Entscheidung nicht herangezogen werden. Wenn auch in den letzten Jahren von den Mitgliedern des beklagten Verbandes das Urlaubsgeld stets nach dem Achtstundentag gewährt wurde, so kann dieser Umstand für die jetzt zu entscheidende Frage keine Bedeutung haben. Inzwischen hat sich die gesamte Wirtschaftslage so katastrophal verschlechtert, daß nicht mehr frühere Uebungen angewandt werden können. Nach der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts sei bei Kurzarbeit Urlaubsgeld **nicht nach der normalen Arbeitszeit zu gewähren,** wenn in dem betreffenden Betrieb dauernd verkürzt gearbeitet wird.

Die Arbeitnehmerverbände legten gegen das Urteil beim Landesarbeitsgericht Berufung ein und führten aus, die Gründe, welche das Arbeitsgericht zur Abweisung der Klage geführt haben, gehen völlig fehl. Das Gericht verkennt gänzlich die Bedeutung des Gewohnheitsrechts (Tarifübung), dieses ist selbst objektives Recht wie der Tarifvertrag.

Bei der Berufung schieden aus der Christliche Metallarbeiterverband und der Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Dunckers). Die übrigen Verbände hatten Erfolg. Das Landesarbeitsgericht änderte das Urteil des Arbeitsgerichts ab, verurteilte den Verband der Hannoverschen Metallindustriellen und verpflichtete ihn, auf seine Mitglieder Körting, Hackethal usw. einzuwirken, daß den Angehörigen der klagenden Verbände, auch wenn während des Urlaubs die übrigen Arbeiter kürzer als acht Stunden arbeiten, den Beurlaubten **trotzdem die volle Schicht mit acht Stunden gezahlt wird.** Das Landesarbeitsgericht kann den Standpunkt des Arbeitsgerichts nicht billigen. Es ist immer so gehandhabt, daß die vollen acht Stunden den Urlaubern gezahlt sind, und etwaige Differenzen sind vom Arbeitgeberverband stets geregelt. Das Gericht kann die vom Arbeitgeberverband an die Arbeitgeber gegebenen Auskünfte, daß es anders gehandhabt werden könnte, nicht billigen. Die beantragte Revisionsfähigkeit wurde abgelehnt. (Z. 217 A.)

Proteste aus den Industriezentren

gegen weitere Lohnverschlechterungen

Cleve

Die Arbeiterschaft der Schuhindustrie von Cleve drückte ihre Entrüstung über den neuen Anschlag der Fabrikanten auf den Lohn in einer stark besuchten Funktionärversammlung durch folgende Entschließung aus:

Entschließung:

Die heute, am 3. Juni, in Cleve versammelten Betriebsräte und Funktionäre des Zentralverbandes der Schuhmacher, Zahlstelle Cleve, protestieren auf das entschiedenste gegen die unverschämten Lohnabbauversuche der Arbeitgeber der Schuhindustrie.

Die Lohnabbauabsicht zeigt der Schuharbeiterschaft wieder einmal recht deutlich die Rücksichtslosigkeit der Vertreter des Kapitalismus.

Die versammelten Betriebsräte und Funktionäre empfinden diesen Ansturm gegen die Lebensexistenz der Schuharbeiter als unerhört und antworten darauf mit schärfstem Widerspruch. Sie haben auf dem Standpunkte, daß nicht Lohnabbau, sondern Lohnerhöhung sie vor der weiteren Verelendung schützen kann.

An den Vorstand der Organisation richten die versammelten Betriebsräte und Funktionäre den dringenden Appell, die gesamte Schuharbeiterschaft von Deutschland zum entscheidenden Abwehrkampfe gegen das Verlangen der Schuhfabrikanten aufzurufen.

Die Betriebsräte und Funktionäre der Zahlstelle Cleve.

Fürstenwalde

Die am 6. Juni im „Volkshaus" stattgefundene Mitgliederversammlung faßte folgende

Resolution

an den Zentralvorstand und Verbandsbeirat:

„Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Fürstenwalde nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem neuen von den Schuhfabrikanten geplanten Lohnabbau von 13,7 Prozent. Nachdem wir noch die Auswirkungen des Lohnabbaues durch die Dezember-Notverordnung schwer zu spüren haben, mutet es als unerhörte Provokation an, uns neue Lohnreduzierungen anzubieten. Wir sind nicht gewillt, für einen Hungerlohn zu arbeiten und verlangen unter allen Umständen vom Hauptvorstand und Verbandsbeirat, die schärfsten Maßnahmen zu treffen, die unersättlichen Forderungen der Unternehmer abzuwehren."

Gmünd

In der am 7. Juni stattgefundenen, gut besuchten Betriebsversammlung der Firma R. J. Mayer wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Entschließung.

Die Betriebsversammlung der Firma R. J. Mayer nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem ungerechtfertigten Ansinnen der Schuhfabrikanten auf einen 13,7prozentigen Lohnabbau. Trotzdem fast in der ganzen Schuhindustrie seit Jahren allgemein — am Platze ein bis drei Tage — kurz gearbeitet wird, zudem am 1. April 1931 5,26 Prozent, am 1. Januar 1932 durch Notverordnung 15 Prozent vom Lohn abgezogen wurden, soll der Lohn jetzt noch einmal um 13,7 Prozent reduziert werden. Die Betriebsversammlung fordert vom Zentralvorstand, unter keinen Umständen aber auch nur auf einen Pfennig Lohnabbau einzugehen. Es muß der Kampf aufgenommen werden, um dieses skrupellose Vorgehen der Schuhfabrikanten abzuwehren. Die Betriebsversammlung ist der Ansicht, wenn und auch ein Kampf schwere Wunden schlagen wird, so sind solche wieder leichter zu heilen, als diejenigen, die ein solcher Lohnraub schlagen würde. Auch die im christlichen Verband organisierten Kollegen haben für diese Resolution gestimmt.

Weißenfels

Die Funktionäre der Arbeiterorganisation in Weißenfels übermitteln uns folgende Entschließung:

„Die am Mittwoch, 1. Juni, tagende Funktionärversammlung der Funktionäre des Zentralverbandes der Schuhmacher, Zahlstelle Weißenfels, nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den neuen Lohnabbauforderungen der Schuhfabrikantenverbände. Die Funktionäre erklären, daß für die Arbeiterschaft der Schuhindustrie ein weiterer Lohnabbau nicht mehr tragbar ist, nachdem die Lebenshaltung derselben infolge der bereits durchgeführten Lohnsenkungen und durch langfristige Kurzarbeit auf das Niveau der Wohlfahrtserwerbslosen herabgedrückt worden ist.

Die Funktionäre verpflichten sich, sofort die Belegschaften der Weißenfelser Schuhbetriebe gegen die neuen Lohnraubpläne der Schuhfabrikanten mobil zu machen, indem sie vor allem auch den letzten Schuhfabrikarbeiter und die letzte Arbeiterin beim Verbande zuführen. Vom Zentralvorstand wird gefordert, alle gewerkschaftlichen Machtmittel zur Abwehr der Unternehmerforderungen einzusetzen."

Hammerschaften

gegen nationalsozialistische Verseuchung der Betriebe

bewirkte, war es — wie immer die Zusammensetzung einer Regierung sein mochte — unmöglich, die deutsche Volkswirtschaft von dieser rückläufigen Bewegung abzuriegeln. Andere Staaten haben in den letzten Jahren entweder von Reserven gelebt, die Deutschland fehlten, oder neue Schulden großen Stils gemacht, was für Deutschland sachlich falsch und praktisch ausgeschlossen war. ... In dieser Lage haben wir in den Jahren 1930—32 die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als 6 Milliarden RM. gedrosselt. Das sind nicht „schwache Ansätze", wie es die Erklärung der neuen Reichsregierung darstellt. Die tatsächliche „Anpassung an die Armut der Nation" ist weitest gehend erfolgt und in dem Haushalt jedes einzelnen fühlbar geworden. **Die Regierung hat der Gesamtheit des Volkes Opfer zugemutet, um in den außenpolitischen Verhandlungen freie Hand zu bekommen im Kampfe gegen die Reparationslasten** und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Das ist nach dem Urteil aller Sachverständigen in großem Ausmaß erreicht worden. Dabei wurde die Währung trotz aller Stürmefischer behauptet, dabei hat sich die Schwebende und langfristige Schuld des Reiches nicht vermehrt. ... Wir

(Fortsetzung nächste Seite.)

Zum Regierungswechsel im Reich

Als Ende Mai das Kabinett Brüning der Hintertreppenpolitik erlag, wurde ein Kabinett eingesetzt, welches zu den reaktionärsten seit 50 Jahren gehört. Von den neuen Ministern sind

sieben Adlige

darunter vier Freiherren, ein Graf und ein General. Das arbeitende Volk ist zum erstenmal seit 1918 unvertreten. Diese Regierung der allerschwärzesten Reaktion besteht ausschließlich aus Anhängern der Deutschnationalen.

Diese Regierung ist die Regierung Hitlers und Hugenbergs. Wie bekannt geworden ist, hat Hitler sowohl dem General Schleicher wie Hindenburg zugesagt, diese Regierung zu tolerieren, wenn sie bestimmte Zusagen mache: einmal Aufhebung des Reichstags und Aufhebung des SA.-Verbots.

Das feudale Kabinett der Grafen und Barone hat sich vorbehalten lassen als eine Regierung, die gewillt sei, mit der **Notverordnungspolitik** der Regierung Brüning endgültig Schluß zu machen. So las man es in der Hugenbergpresse von rechts bis links.

Daß das aber fauler Zauber ist, sollte man schon im Verlauf weniger Tage erfahren. In der Antrittserklärung der Regierung hieß man nämlich, daß „zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates ein Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen" **erlassen werden soll.**

Man kann sich ungefähr vorstellen, welche Teile diese Adelsregierung sich aus der Notverordnung Brüning aussuchen wird: die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, der Invalidenversicherung, Verlängerung der Wartezeiten und alles, was an Verschlechterungen gegen den Protest der Gewerkschaften bereits von der alten Regierung geplant war. Dagegen wird alles das, das als positiv in der in Aussicht gestellten Notverordnung angesehen werden konnte, wie die Siedlungspolitik, Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung, Arbeitsbeschaffungsanleihe herausbleiben. Mit dieser einseitigen Inkraftsetzung der Notverordnung hätte man vorerst sein Ziel erreicht, nämlich die Lasten von den tragfähigen Schichten möglichst auf die breiten Massen abzuwälzen. Wer noch nicht im Bilde ist, kann das, was beabsichtigt ist, aus der Antrittserklärung entnehmen, die das Papen-Kabinett dem Volke präsentierte.

Diese Antrittserklärung der Regierung, die nicht anders als ein Wahlaufruf gewertet werden kann, stand in diesen Tagen im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Die Regierung hat es nicht gewagt, mit diesem Regierungsprogramm vor das Forum des Reichstags zu treten. Die Auflösung des Reichstags bewahrte sie davor, für dieses Programm vor der Volksvertretung einzustehen.

Die Regierung Papen hat mit ihren Angriffen, als habe Brüning ein Trümmerfeld hinterlassen, die bisherige Regierung zu einer entschiedenen Gegenerklärung herausgefordert. Nach der Antrittserklärung des hochfeudalen Kabinetts von Papen sollen die Schwierigkeiten Deutschlands auf den Versailler Vertrag und die „Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie" zurückzuführen sein. Die finanziellen Grundlagen des Reiches, der Länder und der Gemeinden seien erschüttert. Die Sozialversicherungen fänden vor dem Bankrott. Schuld daran sei der Staatssozialismus. **Die Rechtsregierungen hätten den Staat zu einer Art Versorgungsanstalt gemacht.** Deshalb müsse dem „unseligen gemeinschaftsfremdlichen Klassenkampf, vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, Einhalt geboten werden". Ferner wird gegen die atheistisch-marxistische Zersetzung zu Felde gezogen und eine klare Entscheidung des Volkes darüber verlangt, ob es nach den Grundsätzen christlicher Weltanschauung leben wolle oder nicht. Das ist der Sinn der Regierungserklärung nach der innenpolitischen Seite. Die christliche Weltanschauung wird stark herausgekehrt. Der Führer der Zentrumspartei, Prälat Kaas, hat diese pharisäische Moral bereits als ein „Christentum der Etikette" bezeichnet. Er muß ja die Herren kennen.

Daß außer den sonstigen Ursachen das deutsche Volk der Versailler Vertrag bedrückt, weiß ein jeder, es braucht das niemand noch einmal besonders klar gemacht zu werden. Auf die Liquidierung der Kriegslasten, auf ihre endgültige Beseitigung war ja auch die Regierungspolitik der bisherigen Regierungen eingestellt. Das Kabinett Brüning wurde herausgerissen aus der Verfolgung dieser Politik in einem Augenblick, als es für die entscheidenden Verhandlungen in Lausanne zu rüsten galt.

Man kann deshalb verstehen, daß die Gegenerklärung der alten Regierung an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Sie lautet in ihrem hauptsächlichsten Teil wie folgt:

„In einer Zeitspanne, in welcher der Außenhandelsumsatz der Welt von 31 Milliarden Dollar auf rund 15 Milliarden Dollar herabsank und als automatische Folge eine ungeheure Arbeitslosigkeit in der gesamten Kulturwelt

Zentralverband der Schuhmacher

Hauptverwaltung Nürnberg, Essenweinstraße 1

Beitritts-Erklärung

Auszufüllen und nebst Eintrittsgeld und einem Beitrag an den Verbandsvertreter abzugeben.

Eintrittsgeld: 1. bis 3. Klasse 30 Pfennig, 4. bis 5. Klasse 1 Mark

Vor- und Zuname: .....

Wohnung: ..... (Straße und Nummer)

Beschäftigt bei ..... als .....

Geburtstag und Jahr: .....

Geburtsort: .....

Eingetreten am: ..... in .....

Dem Alter und Geschlecht nach, Aufnahme in Klasse: .....

Aufgenommen durch: .....

Bezahlt ..... Mark ..... Pfennig

haben kein Trümmerfeld geschaffen, sondern unter schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt."

Mit diesen beiderseitigen Erklärungen ist gewissermaßen der Wahlkampf bereits eröffnet worden.

Der Termin für die Reichstagswahlen ist auf den 31. Juli

festgesetzt. Das deutsche Volk steht in diesem Wahlkampf vor der folgenschweren Frage, ob es sich endgültig von einem reaktionären Klüngel niederringen lassen will. Es geht um Sein oder Nichtsein der sozialen und politischen Errungenschaften. Wie die **Deutschnationalen** sich die Innenpolitik vorstellen, hat der Arbeitsausschuß Deutschnationaler Industrieller kürzlich verraten. **Unter dem 20. April hat er zum dritten Male eindringlichst seine Mitglieder um eine namhafte Geldspende,** „weil jetzt alles darauf ankomme, den Kampf in Preußen zu einem vollen Erfolge zu führen". Das Ziel dieses Kampfes formuliert er anschließend folgendermaßen: „Beschränkung der sozialen Hilfe auf den wirklich Bedürftigen, Abkehr vom politischen Lohn, freiere Gestaltung des Tarifvertrages, Anerkennung des Werktarifes, Beseitigung des Privilegs der sogenannten tariffähigen Gewerkschaften, Tariffähigkeit der jetzt nichttariffähigen Arbeiterorganisationen (Gelbe Werkvereine), Beschränkung des Schlichtungswesens und Uebertragung für Notfälle an eine richterliche Stelle, Ersatz der Sozialversicherung durch eine geeignete Form des Zwangssparsystems."

Kampffront der Gewerkschaften

Die sozialreaktionäre Gefahr, die durch die Papen-Regierung in bedrohliche Nähe gerückt ist, wird von dem Führer der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung, dem Reichstagsabgeordneten Aufhäuser, in der neuesten Nummer der AfA-Bundeszeitung in einem aufschlußreichen Artikel beleuchtet.

„Die Gewerkschaften", sagt Aufhäuser, „können sich keiner Täuschung hingeben, daß nunmehr die Aufhebung der Arbeitslosenversicherung, der Abbau von Renten, die Aushöhlung der Sozialversicherung und des staatlichen Schlichtungswesens in unmittelbare Nähe gerückt sind. Die Finanznot soll von der Regierung des Herrn Reichspräsidenten ohne neue Steuern behoben, die Arbeitsbeschaffung ohne Prämienanleihe gelöst werden. Eine solche Finanzkunst kann nichts anderes bedeuten als Deckung der öffentlichen Lasten durch unerträgliche Kürzung von Lohn, Sozialrente und durch inflatorische Kreditschöpfung." Die zu erwartende Empörung der Massen wolle man dadurch niederhalten, daß man durch Aufhebung des SA.-Verbots dem Naziterror freien Lauf lasse. Es wäre verfehlt, den Ernst der Situation verkennen zu wollen, es könne aber auch keine Rede davon sein, daß sich die Organisationen der Eisernen Front irgendwie entmutigt fühlen. Die alte Kampfkraft der Gewerkschaften bürge dafür, daß auch diese Periode schärfster Reaktion überwunden wird.

Auch die christlichen Gewerkschaften

Bernhard Otte, der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften, schreibt im „Deutschen" über die Regierung Papen u. a.:

Die Erklärung der neuen Reichsregierung ist, soweit bestimmte Teile derselben in Betracht kommen, von einer Grundhaltung getragen, die ausgesprochen antisozial und fortschrittsfeindlich ist. Es besteht für die Arbeitnehmer alle Veranlassung, nicht nur äußerst wachsam zu sein, sondern auch alle Kräfte zu entschlossener Abwehr zu sammeln. Wenn nicht alles täuscht, stehen wir vor schweren inneren Kämpfen . . .

Eine Herrschaft des Klassenkampfes von oben würde von geradezu verheerender Wirkung für unser Volk sein und im letzten Grunde dem Bolschewismus zugute kommen.

Angesichts dieser Lage ist der Weg für die christlichen Gewerkschaften klar vorgezeichnet. Sie werden sich aus wirklich nationalen und christlichen Gründen jeder einseitigen Klassenherrschaft, jeder Entrechtung der werktätigen Bevölkerung und allen sozialen Ungerechtigkeiten mit Nachdruck widersetzen. Der Weg zur Gesundung, zur Freiheit nach außen und nach innen kann nur gewonnen werden, wenn Gerechtigkeit und soziale Gesinnung die Grundlagen der Politik bleiben."

Verschiebungen im Stand der Weltwirtschaftskrise

Von Jürgen Kuczynski.

Es sind jetzt rund 2½ Jahre her, daß die Weltwirtschaftskrise offen ausbrach. In diesen Jahren hat sich die Weltwirtschaftslage in einem Ausmaß verschlechtert, wie es die Weltwirtschaftsgeschichte noch nicht gekannt hat.

In allen kapitalistischen Ländern ist die Produktion geschrumpft, ist die Basis, auf der das kapitalistische System aufgebaut ist, bedeutend enger und sehr brüchig geworden.

Mit Ausnahme Frankreichs brach die Krise in allen großen kapitalistischen Ländern ziemlich gleichzeitig aus. Amerika ging etwas voran, und in kurzem Abstand folgten Deutschland und Polen und dann England. In Frankreich ging es erst etwa ein Jahr später abwärts, also gegen Ende 1930.

Am stärksten getroffen waren Deutschland und Polen. Sie stellen die schwächsten Glieder in der Reihe der kapitalistischen Staaten dar. Zwar waren die Produktions- und Umsatzrückgänge in Amerika mindestens so groß wie in Deutschland und Polen. Aber die finanziellen Rücklagen des amerikanischen Kapitalismus waren so gewaltig, daß die ersten Krisenstöße ihn keineswegs wirklich stark erschüttern konnten.

In Deutschland und Polen aber, wo die Reserven des Kapitalismus nur verhältnismäßig gering waren, brachte die Krise sofort die schwersten Erschütterungen. Zugleich wuchs in diesen Ländern der Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Versuche der Industriellen und Großagrarier, die Lasten der Krise auf die Masse der Werktätigen abzuwälzen, stärker als in den übrigen Ländern, was wiederum den Kapitalismus in seiner Manövrierfähigkeit einengte und die Lage verschlechterte.

In diesem Abstand und mit diesen Qualifikationen entwickelte sich die Lage in den verschiedenen Ländern bis Mitte 1931. Dann kam eine Wandlung.

Polen und Deutschland blieben weiter an der Spitze auf dem Weg in die Tiefe. Aber gleichzeitig rückte Amerika stark auf. Die finanziellen Reserven des amerikanischen Kapitalismus wurden schneller und schneller aufgebraucht. Das Gebäude des amerikanischen Kapitalismus wurde ernsthaft erschüttert. Und diese Erschütterung ist eine immer stärkere geworden.

Heute ist es so, daß mit den größten Bankrotten und Zusammenbrüchen in Amerika gerechnet werden kann. Der Insull Krach war ein Signal. Andere große Truste, wir nennen nur Guggenheim, werden ernsthaft „besprochen". Die Bankreserven sind nahezu erschöpft durch die ungeheure Kreditorenschrumpfung. Die Eisenbahnen können nur noch durch erzwungene Stillhaltung ihrer Gläubiger und Subventionen durch die staatliche Reconstruction Company vom Bankrott für den Augenblick bewahrt werden. Lange aber läßt sich das nicht aufrechterhalten. Weit über tausend Banken sind in den letzten Wochen nur durch Subventionen der Reconstruction Company vor der Erklärung ihrer Zahlungsunfähigkeit bewahrt geblieben.

Amerika folgt Deutschland und Polen mit mächtigen Schritten.

Und Frankreich beginnt ebenfalls aufzuholen. Die Produktion geht schnell zurück, und die Lage der französischen Banken ist durch die nicht unbedeutenden Zusammenbrüche und staatlichen Stützungen gekennzeichnet. Die französische Wirtschaft konnte infolge ihrer Struktur sich für längere Zeit der allgemeinen Weltwirtschaftskrise entziehen. Als dies aber nicht mehr möglich war, als die Krise auch auf Frankreich übergriff, da wirkte sie weit stärker. Und diesem schnellen Tempo der Krisenverschärfung ist die französische Wirtschaft weit weniger gewachsen als zum Beispiel die amerikanische es gewesen ist. Nach viel kürzerer Zeit schon als in Amerika ist das französische Bankensystem ernsthaft erschüttert. Und da in Frankreich die Masse der Arbeiter weit besser organisiert und zum Widerstand bereit und fähig ist als in Amerika, so wird der französische Kapitalismus sich in Bälde den größten Schwierigkeiten gegenübersehen.

Anders in England. Die Reserven des englischen Kapitalismus sind häufig zugunsten von denen des amerikanischen Kapitalismus unterschätzt worden. Das Bankensystem ist noch nicht erschüttert. Zwar haben die Banken große Verluste erlitten. Aber noch keine größere englische Bank ist gestützt worden, von Bankrott überhaupt nicht zu reden. Die Extraprofite aus den Kolonien sind zwar gewaltig geschrumpft, aber sie kommen noch ein. Die Industrieproduktion ist zwar zurückgegangen, aber weit weniger als in Deutschland oder Polen oder Amerika. Ja, die englische Produktion ist sogar weniger gesunken als die französische!

Im Augenblick, das heißt, in den letzten Monaten, stagniert die Krise in England. Bedeutet das, daß der Tiefpunkt in England überwunden worden ist? Keineswegs! Ein Land wie England kann sich noch viel weniger als alle übrigen Länder den Wirkungen der Weltwirtschaftskrise entziehen. Die Krise wird in England bald wieder an Schärfe zunehmen. Aber im Augenblick stagniert die Krise dort, und damit tritt England in der Reihe der Länder hinter Amerika und Frankreich zurück.

Wir sehen, die Krise entsteht nicht nur ungleichmäßig in den verschiedenen kapitalistischen Ländern, sie entwickelt sich auch ungleichmäßig, und bald eilt das eine Land voran in die Tiefe, bald das andere. Nur zwei Länder haben bisher während der ganzen Krise die Spitze gehalten: Deutschland und Polen. Und sie sind den anderen Ländern so weit voraus, daß man sagen kann: in der nächsten Zeit zumindest werden sie weiter die Spitze halten.

Jahrbuch des Arbeiterrats Groß-Hamburg

Auf noch nicht 20 Quartseiten bringt die Einleitung zu dem soeben erschienenen Jahrbuch des Arbeiterrats Groß-Hamburg für 1931*) eine umfassende, leichtverständliche und durch maßvoll eingestreutes Zahlenmaterial unterstützte Abhandlung über die Wirtschaftskrise. Der übrige Inhalt des Jahrbuches bringt wieder aus der vielseitigen Gutachter-Tätigkeit des Arbeiterrats eine Reihe aufschlußreicher Abhandlungen aus den verschiedensten Gebieten der Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik. Nach der hamburgischen Staatsverfassung ist der Arbeiterrat Groß-Hamburg vor allen wichtigen Entscheidungen wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Natur genau so zu hören wie die Unternehmerkammern. Wieder zeugen die in dem Jahrbuch zum Abdruck gelangten Beispiele sämtlich für die sorgfältige, tiefschürfende Art der Gutachter-Tätigkeit dieser Arbeitnehmerkammer, die stets besonders die entwicklungsgeschichtlichen Zusammenhänge beachtet, was den Gutachten dauernden Wert verleiht.

Um einen Begriff von der Vielseitigkeit des Jahrbuch-Inhaltes zu geben, seien hier nur erwähnt: das Gutachten über das Nachtbackverbot, über die Arbeitszeit im Fern-Lastkraftwagenverkehr und die recht aufschlußreiche Abhandlung über die Unzulänglichkeit des Lebenshaltungsindexes. Besonders lesenswert ist auch das Gutachten über die Bekämpfung des Milzbrandes als Berufskrankheit und aus dem Gebiete des Seeleuteschutzes die Abhandlungen über die Prüfungen zum Bordfunker sowie über den Waffenschmuggel deutscher Seeleute im Auslande. Die Gutachten über die Lehrlingsverhältnisse in verschiedenen Gewerben, eine ausführliche Stellungnahme zur Aufhebung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung und zur Frage der Höchstzahl ausländischer Landarbeiter beschließen den sozialpolitischen Teil.

Daß die Fischpreise für den Konsumenten an der Wasserkante merkwürdigerweise erheblich teurer sind als tief im Inland und wie hier Abhilfe geschaffen werden kann, erfahren wir aus dem ersten Gutachten wirtschaftspolitischer Art, von denen die weiteren sich mit dem besonders aktuellen der Preisbindungen für Markenartikel, mit dem ewigen Thema der Saisonausverkäufe und schließlich mit der Frage der Kalenderreform befassen.

Das Jahrbuch sei jedem nach Fortbildung strebenden Arbeitnehmer, der sich die kleine Ausgabe leisten kann, zur Anschaffung empfohlen. Es sollte auch in keiner Gewerkschafts- und Arbeiter-Bibliothek fehlen.

Julius Fries.

*) Selbstverlag des Arbeiterrats Groß-Hamburg, Hamburg 36, Große Theaterstraße 44, 136 Seiten.

Jack London

Die Insel Berande

Copyright 1927 by Universitas Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin. — Volksausgabe der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61

(48. Fortsetzung.)

Sein Ausdruck wurde eine Spur verächtlicher, aber er antwortete nicht. Statt dessen blickte er verstohlen nach links und rechts, um festzustellen, wie weit seine Genossen Joan schon umzingelt hatten, und wieder schob er seinen Fuß, wie zufällig, einige Zoll vor. Joan war sich ihrer verzweifelten Lage voll und ganz bewußt. Es gab nur einen Ausweg: durch! Sie hob drohend die Reitpeitsche, trieb im selben Augenblick beide Sporen ein und lenkte das Pferd direkt auf Gogoomy zu. Das alles war Sache eines Augenblicks. Alle Buschmesser waren erhoben, und alle Schwarzen, mit Ausnahme Gogoomys drangen auf sie ein. Gogoomy wich seitwärts aus, um dem Pferde zu entgehen, und schwang sein Buschmesser über sie, das sie, wenn es sie getroffen hätte, in zwei Teile geschnitten haben würde. Sie neigte sich vornüber, um dem sausenden Messer zu entgehen, das durch ihren Reitrock, die Kante des Sattels und die Satteldecke schnitt und sogar noch in den Rücken des Pferdes drang. Ihre rechte Hand, die sie erhoben hatte, fuhr nieder. Die dünne Peitsche sauste durch die Luft. Joan sah die weißen Striemen quer über dem boshaften hübschen Gesicht, sah im selben Augenblick, wie der Mann mit dem verrunzelten Gesicht überritten vor ihr niederfiel und hörte sein grunzendes, zorniges Geschrei — ganz ähnlich dem eines wilden Affen. Dann war sie frei und schoß auf das Haus zu.

Bei ihrer seemännischen Erfahrung wußte sie Sheldons Entschlossenheit zu würdigen, als sie mit ihren Neuigkeiten bei ihm eindrang. Er sprang von dem Liegestuhl auf, in dem er auf sein Frühstück gewartet hatte, klatschte in die Hände, um die Hausboys herbeizurufen, und während er ihr zuhörte, schnallte er schon seinen Patronengurtel um und spannte seine automatische Pistole.

„Orfiri", stieß er seine Befehle hervor, „du fella läuten groß fella Glocke stark fella zuviel. Du hören auf läuten, du legen Sattel auf Pferd. Viaburi, du gehen schnell Haus gehören Seelee, sagen ihm, viel schwarze fella laufen weg, zehn fella zwei fella schwarze fella Jungen." Er kritzelte etwas auf einen Zettel und gab ihn Lalaperu. „Du gehen schnell Haus gehören weiß fella Herr Boucher."

„Auf diese Weise werden sie von zwei Seiten von der Küste zurückgetrieben", erklärte er Joan, „und der alte Seelee wird sein ganzes Dorf auf ihre Fährte hetzen."

Dem Rufe der großen Glocke folgend, trafen als erste Joans Tahitianer ein, und ihre glänzenden Körper und ihr keuchender Atem zeigte, daß sie den ganzen Weg gelaufen waren. Einige Gruppen, die sehr weit entfernt waren, mußten zu ihrem Eintreffen fast eine Stunde brauchen.

Sheldon bewaffnete zunächst Joans Seeleute und teilte Munition und Handschellen aus. Adamu-Adam ließ er mit geladenem Gewehr bei den Booten Wache halten. Noah-Noah sollte mit Hilfe Matapuus die Arbeitergruppen bei ihrem Eintreffen in Empfang nehmen, sie hinhalten und darauf achten, daß sie nicht auch vom Aufruhr angesteckt würden. Die andern fünf Tahitianer sollten Joan und Sheldon zu Fuß folgen.

„Ich bin nur froh, daß wir das Arsenal ausgehoben haben", bemerkte Sheldon, als sie zur Pforte des Grundstücks hinausritten.

Nach etwa hundert Metern stießen sie auf einen Trupp Arbeiter, der hereinkam. Es war die Gruppe Kwaques, aber Sheldon suchte vergeblich nach ihm.

„Was Name das fella Kwaque er nicht bleiben bei euch", fragte er.

Ein Gewirr aufgeregter Stimmen versuchte die Antwort zu geben.

„Machen Mund zu gehören euch allzusammen", befahl Sheldon. Er sprach barsch und übernahm wieder die Rolle des Weißen, der stets streng und herrisch sein muß.

„Hier, du fella Babatani, du sprechen Mund gehören Ar."

Babatani trat mit der ganzen Würde eines aus seinen Gefährten Erwählten vor.

„Gogoomy, er machen fertig Kwaque ganz und gar", lautete Babatanis Erklärung. „Er nehmen Kopf gehören ihm laufen wie Hölle."

Mit kurzen Worten und geringer Einbildungskraft beschrieb er den Mord, und Sheldon und Joan ritten weiter. Im Gras, wo Joan überfallen worden war, fanden sie den kleinen, runzligen Mann, den Joan überritten hatte. Er jammerte und stöhnte noch. Das Pferd war ihm auf den Knöchel getreten und hatte ihn vollständig zerquetscht, und nachdem der Mann hundert Meter weit gekrochen war, hatte er sich von der Aussichtslosigkeit seiner Flucht überzeugt. Der letzten Arbeitergruppe, die vom äußersten Ende der Plantage kam, wurde der Auftrag erteilt, ihn ins Haus zu tragen.

Eine Meile weiter, an einer Stelle, wo die Fährte der Ausreißer direkt in den Busch führte, fanden sie die Leiche Kwaques. Zwar war der Kopf abgehackt und fehlte, Sheldon nahm aber bestimmt an, daß es Kwaque war.

Es hatte offenbar einen Kampf gegeben, denn eine Blutspur führte von der Leiche in den dichten Busch. Hier mußten sie ihre Pferde zurücklassen. Papehara wurde zu ihrer Beaufsichtigung zurückgelassen, während Joan, Sheldon und die übrigen Tahitianer zu Fuß weiter vordrangen. Der Weg führte durch eine sumpfige Niederung, die gelegentlich vom Berandefluß überflutet wurde, und hier kreuzten sich die roten Fährten der Mörder mit der eines Krokodils. Sie hatten offenbar das Tier in der Sonne schlafend überrascht und ihre Flucht unterbrochen, um es in Stücke zu hacken. Der Verwundete hatte sich niedergesetzt und gewartet, bis die anderen zum Weitergehen bereit gewesen waren.

Eine Stunde später blieben sie plötzlich an einem Schweinswildwechsel stehen. Die Blutspur hatte aufgehört.

Die Tahitianer drangen auf beiden Seiten in den Busch ein. Da zeigte ein Schrei von Utami an, daß er einen Fund gemacht hatte. Joan wartete, bis Sheldon zurückkam.

„Es ist Mauko", sagte er. „Kwaque hat es ihm tüchtig gegeben, und er ist dort hineingekrochen und gestorben. Meinen Sie nicht auch, daß es jetzt genug für Sie ist?"

„Es ist nicht schön", sagte sie. „Ich werde umkehren und bei den Pferden auf Sie warten."

„Aber Sie können nicht allein gehen. Nehmen Sie zwei von den Leuten mit."

„Dann gehe ich weiter mit. Es wäre töricht, die Verfolger zu schwächen, und ich bin nicht müde."

Die Fährte bog jetzt rechts ab, als ob die Ausreißer ihre Absicht geändert hätten und dem Balesuna zugestrebt wären. Dann aber ging es wieder nach rechts, bis die Spur eine Schleife bildete, deren Schnittpunkt dort zu sein schien, wo sie, am Ende der Plantage, die Pferde zurückgelassen hatten. Als sie ein stilles Dickicht passierten, wo sich nichts als ein samtartiger Schmetterling von zwölf Zoll Größe regte, hörten sie Schüsse knallen.

(Fortsetzung folgt.)

Die deutsche Hausschuhindustrie gegen den Autarkiegedanken

Auf der Generalversammlung des Deutschen Hausschuhfabrikanten-Verbandes am 29. Mai wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Autarkiebestrebungen in der deutschen Oeffentlichkeit erfüllen die deutsche Hausschuhindustrie als Exportindustrie mit größter Sorge.

Die am 29. Mai in Berlin tagende Generalversammlung des Deutschen Hausschuhfabrikanten-Verbandes weist mit Entschiedenheit alle autarkischen Maßnahmen als eine schwere Schädigung ihrer Interessen zurück. Die deutsche Hausschuhindustrie, die noch im Jahre 1931 bei einer Gesamtproduktion von 50 Millionen Paar Hausschuhen etwa 20 Prozent dieser Produktion exportierte, ist auf die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse angewiesen und muß in ihren lebenswichtigen Interessen durch die Einführung von Autarkiemaßnahmen getroffen werden.

Es muß im Gegenteil von der deutschen Reichsregierung eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der deutschen Fertigindustrie bei der Führung der Handelsvertragsverhandlungen erneut und mit Entschiedenheit verlangt werden."

Des weiteren wurde in einem Notappell an die Abnehmerschaft der dringende Wunsch zum Ausdruck gebracht, schnellmöglichst in Verhandlungen über die Schaffung von im Interesse der Industrie und des Handels notwendigen gesunden Einkaufs- und Verkaufspreisen einzutreten.

Ferner wandte sich der Verband gegen die vorzeitige Einführung der Phasenpauschalierung, die dann eine Doppelbesteuerung zur Folge habe.

Der Rückgang der Lederpreise

wird in einem aufschlußreichen Aufsatz der „Frankfurter Zeitung" (Nr. 366–368 Reichsausgabe) wie folgt beleuchtet:

„In den letzten Jahren waren die Häutepreise, in der großen Linie gesehen, stetig rückläufig. 1931 war ein Stand erreicht, wie er Mitte und gegen Ende des vorigen Jahrhunderts gewesen ist, und zwar für Uebersee- wie für Inlandshäute. Seither ist die Abwärtsbewegung noch fortgeschritten: Norddeutsche Häute z. B., die 1927 etwa 100 Pf. kosteten, halten jetzt bei etwa 15 bis 18 Pf. je Pfd.; Frigorifico Ochsenhäute gingen etwa bis 140 d und kosten jetzt etwa 23 gegen 9 d im Jahre 1913 je lb. und dazu ist noch die derzeitige 50%-Sterling-Entwertung abzurechnen. Die Lederpreise richten sich dagegen lange nur wenig nach den Schwankungen am Häutemarkt, glitten allerdings seit 1929 ständig, z. T. rasch ab; aber schon jetzt machen die Preise anscheinend Halt, so daß bei Fortbestehen des augenblicklichen Zustandes das frühere Verhältnis zwischen Haut- und Lederpreis durch das Absinken der Häutepreise allmählich wieder hergestellt werden würde. Relativ liegt das Preisverhältnis für Leder ungünstiger als für die Haut, weil auf dem Verarbeitungsprodukt mehr Spesen ruhen. Wie die Bewegung für eine süddeutsche Haut und für das entsprechende Leder in den letzten drei Jahren war, zeigt die folgende Aufstellung.

Süddeutsche Haut und süddeutsches Leder:

RM je kg ca.-Preise	Südd. Kalbinnenhäute 60–70 Pfd	Rahmoachecroupons	Bacheseiten	Bachehälse
1913	0.60	5.20	2.75	3.50
Frühjahr 1930	0.74	5.70	2.50	2.99
„ 1931	0.77	5.60	1.57	2.30
„ 1932	0.43	3.80	1.00	1.65
1932 gegen 1913	– 27%	– 27%	– 64%	– 53%

Für den Rückgang der Preise am Berliner Markt innerhalb eines Jahres gibt die folgende Tabelle Anhaltspunkte.

Auktion Berlin (50–59 Pfd.) 1931:

Pfg. je Pfd.	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
Ochsenhäute	43	38	37	39	35	33	36	30	41¼	33¼	32¾	28¾
Bullenhäute	39	36¼	35¾	36¾	35¼	31	33	31	31	31¼	31	28
Kuhhäute	41	38	39¼	40	36¼	35	36	32	30¾	33¼	33½	29¾
Rinderhäute	45	41	41	42¾	39	36	37¾	33¼	32	34¾	–	29

In der Zwischenzeit sind die Berliner Häutepreise nochmals um 5 bis 10 Pf. zurückgegangen mit der Folge, daß die norddeutschen und ein Teil der mitteldeutschen Häuteverwertungen den Entschluß in die Tat umgesetzt haben, keine Auktionen mehr zu veranstalten, da sie den „Preisabbau" über mehr als 10 Prozent unter Vorkriegsstand nicht mitmachen könnten und wollten."

Der genannte Aufsatz geht sodann auf die Zollforderungen der Fleischereibetriebe ein. Auf dem deutschen Häute- und Ledermarkte, auf dem der inländische Anfall an Häuten und Fellen nicht genügt, durch die Drohung mit Einfuhrzöllen „Autarkie" betreiben zu wollen, hieße sich ins eigene Fleisch schneiden. Deutschland ist z. B. einer der wichtigsten Abnehmer am Welthäutemarkt, sein Lederaußenhandel andrerseits ist aktiv, wenngleich der Ausfuhrüberschuß auch nicht groß ist. Immerhin bedeutend ist der Ueberschuß im Schuhaußenhandel. Bekannt ist auch, daß die sonstige Lederwarenindustrie stets eine Exportindustrie ersten Ranges gewesen ist und daß dieselbe trotz der neuerlichen Erschwerungen auf den Export angewiesen bleibt.

Statistisches aus der Schuhindustrie

Im ersten Maiheft der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht das Statistische Reichsamt die Ergebnisse einer Produktionserhebung in der deutschen Schuhindustrie im Jahre 1930. Dem betreffenden Aufsatz ist folgendes zu entnehmen:

Die deutsche Schuhindustrie ist neben derjenigen der Vereinigten Staaten von Amerika und England die bedeutendste der Welt. Sie deckt nicht nur den deutschen Inlandsbedarf, sondern hat auch einen erheblichen Absatz nach dem Ausland. Im Erhebungsjahr 1930 bezifferte sich der Produktionswert der gesamten deutschen Schuhindustrie auf 712 Mill. R.M, der Wert des Exports auf 60 Mill. R.M. Der weitaus wichtigste Zweig der Schuhindustrie, die Lederschuhindustrie, hatte im Jahre 1930 eine Produktion von 612 Mill. R.M und einen Export von 40 Mill. R.M, während die Hausschuhindustrie eine Produktion von 100 Mill. R.M und einen Export von 20 Mill. R.M aufzuweisen hatte. Sowohl die Lederschuhindustrie als auch die Hausschuhindustrie sind in sich ziemlich geschlossen. Die betriebliche Zusammenfassung der Herstellung von Leder- und Hausschuhen ist verhältnismäßig selten. Von den in die Erhebung einbezogenen Betrieben stellten 726 Betriebe im wesentlichen Lederschuhe für Straße und Gesellschaft und 379 Betriebe vorwiegend Hausschuhwerk her.

Die deutsche Schuhindustrie beschäftigte im Jahre 1930 92 200 Personen. Am 1. Oktober 1930 wurden 82 545 Fabrikarbeiter und 9653 kaufmännische und technische Angestellte ermittelt, von denen 70 231 bzw. 8142 in der Lederschuhindustrie tätig waren. Die Hälfte der in der Fabrik Tätigen waren Frauen. In der Lederschuhindustrie war der Anteil der Frauen geringer, in der Hausschuhindustrie höher als im Gesamtdurchschnitt.

Beschäftigte Personen	Lederschuhindustrie 1. April 1930	Lederschuhindustrie 1. Okt. 1930	Hausschuhindustrie 1. April 1930	Hausschuhindustrie 1. Okt. 1930
Kaufmännische und technische Angestellte	8 310	8 142	1 497	1 511
Fabrikarbeiter einschl. Handwerker, Hofarbeiter, Packer usw.				
Männer	36 121	34 664	4 623	4 909
Frauen	34 920	32 971	6 164	6 820

An Löhnen und Gehältern für die Angestellten und Arbeiter wurden in der Lederschuhindustrie 142,6 Mill. R.M und in der Hausschuhindustrie 20,3 Mill. R.M gezahlt, das sind 23 bzw. 20 v. H. des Produktionswertes der beiden Industrien.

In der Schuhindustrie spielt die Heimarbeit nur eine geringe Rolle. Sie erstreckt sich im wesentlichen auf Zubehörteile. Die Heimarbeiter erhielten in der Lederschuhindustrie im Jahre 1930 2,4 Mill. R.M, wovon 1,5 Mill. R.M auf die Pfalz entfallen, in der Hausschuhindustrie 1,1 Mill. R.M, davon 0,54 Mill. R.M in Brandenburg und Berlin.

Die Aufwendungen für Rohmaterialien bezifferten sich insgesamt auf 388 Mill. R.M, wovon auf die Lederschuhindustrie 333 Mill. R.M und auf die Hausschuhindustrie 55 Mill. R.M entfallen. Dies entspricht einem Anteil am Produktionswert von 54 bzw. 55 v. H.

An Leder wurden insgesamt verarbeitet:

Oberleder	137,6 Mill. Quadratfuß
Futterleder	37,2 Mill. Quadratfuß
Unterleder	38,2 Mill. Kilogramm

Die Produktion an Schuhen für Straße, Gesellschaft und Sport, die ganz aus Leder bestanden, bezifferte sich auf 64,4 Mill. Paar, also auf rund ein Paar je Kopf der Bevölkerung. Von dem Lederschuhwerk waren 43 v. H. Frauen- und Mädchenschuhe, 36 v. H. Männer- und Knabenschuhe und 21 v. H. Kinderschuhe. Die Herrenschuhe sind zum großen Teil rahmengenäht, die Damen- und Kinderschuhe mehr durchgenäht oder geklebt. Von den Herrenschuhen waren 43 v. H. rahmengenäht, 27 v. H. durchgenäht und nur 2 v. H. geklebt, während die Damenschuhe zu 75 v. H. durchgenähte oder geklebte und nur zu 18 v. H. rahmengenähte Sohlen hatten.

Die Gesamterzeugung an Lederschuhwerk	Für Männer und Jünglinge	Für Frauen und Mädchen	Für Kinder bis Nr. 35	Zusammen
Stiefel und Schuhe ganz aus Leder für Straße und Gesellschaft		1000 Paar		
rahmengenäht	10 008	4 967	819	15 794
durchgenäht	6 403	11 913	5 425	23 741
geklebt	439	8 687	3 009	12 135
genagelt	4 286	1 086	2 620	7 992
kombinierte und andere Macharten	827	675	1 044	2 546
Sportschuhwerk aus Leder	1 596	260	353	2 209
Zusammen 1930	23 559	27 588	13 270	64 417

	1000 Paar
Stiefel und Schuhe mit Lederoberteil, deren Sohlen nicht aus Leder hergestellt sind (ohne Schuhwerk mit Holzsohlen)	38
Schuhwerk mit Holzsohlen	1 243
Stiefel und Schuhe mit Stoffoberteilen (ohne Turn-, Hausschuhe, Pantoffel usw.)	3 287
Turn- und Hallenschuhe	12 606
Pantoffel, Hausschuhe, Reiseschuhe, Badeschuhe und ähnliche Erzeugnisse	
ganz aus Leder	6 513
aus anderem Material	29 486
davon sogenannte Kamelhaarschuhe	11 401
Sandalen ganz aus Leder	1 956
Gamaschen aus Leder, Geweben und Filzen	857
Anderes Schuhwerk	197
Zusammen 1930	56 183

Bei den Kinderschuhen betrugen die entsprechenden Prozentsätze 64 bzw. 6 v. H. Genagelte Schuhe machten, abgesehen von Sportschuhen, bei den Herrenschuhen 18 v. H., bei den Damenschuhen 4 v. H. und bei den Kinderschuhen 20 v. H. der entsprechenden Gesamtproduktion aus.

Als Straßen- und Gesellschaftsschuhe sind zum größten Teil auch die Stiefel und Schuhe mit Stoffoberteil anzusehen. Von letzteren wurden 3,3 Mill. Paar hergestellt, und zwar je zur Hälfte in den Lederschuhfabriken und der Hausschuhindustrie.

Die Erzeugnisse der Hausschuhindustrie, Pantoffel und sonstige Hausschuhe, Reiseschuhe usw., bestehen im wesentlichen aus textilen Stoffen, zum Teil mit Ledersohlen. Von den insgesamt hergestellten 36 Millionen Paar Schuhen dieser Art waren nur 6,5 Millionen Paar ganz aus Leder. Ein wichtiger Spezialartikel sind die sogenannten Kamelhaarschuhe, von denen 11,4 Millionen Paar angefertigt wurden. — Ein anderer Hauptartikel der Hausschuhindustrie sind Turn- und Hallenschuhe, die entweder ganz aus Stoff bestehen oder Sohlen aus anderem Material, meist Kautschuk, haben. Die in den Betrieben der Hausschuhindustrie hergestellten Turn- und Hallenschuhe sind überwiegend Stoffschuhe, während Turnschuhe mit Gummisohlen größtenteils in Gummifabriken hergestellt werden. Die Produktion der Hausschuhindustrie an Turn- und Hallenschuhen betrug

Aus der Werkstätte des Internationalen Arbeitsamtes

Als der schwere Alpdruck des vierjährigen Weltkrieges von der Menschheit genommen wurde, gab es keinen Menschen, jedenfalls keinen Kriegsteilnehmer, der nicht im innersten die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß eine Verständigung von Volk zu Volk in jeder Hinsicht und allgemein Befriedung schaffen müsse.

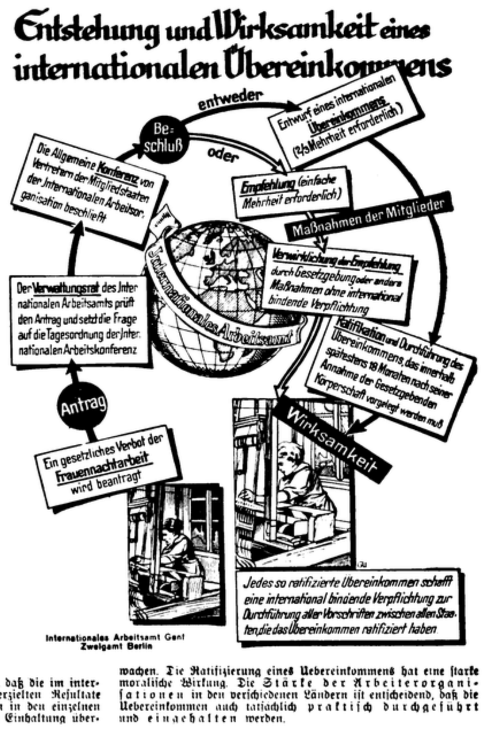
Unter diesem allgemeinen Eindruck ist es gelungen, in Artikel 13 des Versailler Friedensvertrages Bedingungen festzulegen, die eine internationale Gewährleistung bestimmter sozialer Mindestnormen sichern sollen. Heute gibt es Leute, vor allem die Nazis, die die Arbeiterbewegung begeifern, weil sie international Forderungen erhebt und international wirksam ist. Damals haben selbst die Kapitalisten aller Länder den gewichtigen Gründen, die für internationales Wirken sprechen, sich keinesfalls widersetzt.

Eine der guten Lehren, die die Kapitalisten aller Länder aus dem Weltkrieg gezogen haben, ist die Erkenntnis, daß ungleiche Verhältnisse und Bedingungen der Arbeiter und Angestellten in den verschiedenen Ländern Reibungsflächen der Weltpolitik schaffen. Daher schufen und beauftragten sie nach Beendigung des Krieges ein Institut, das berufen sein soll, eine gleichmäßige Gestaltung der internationalen Sozialpolitik herbeizuführen: das Internationale Arbeitsamt in Genf.

Es ist interessant, zu sehen, wie ein Beschluß, der die Gleichstellung einer Frage des Arbeiterschutzes beabsichtigt, zustande kommt. Wenn wir von der Tätigkeit dieser Organisation auch nicht befriedigt wurden, so müssen wir doch anerkennen, daß sein Wirken in den wenigen Jahren seines Bestandes doch schon viele wertvolle Arbeit für die Arbeiterschaft verrichtet hat.

Auf den bisher abgehaltenen insgesamt 15 Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz sind 32 internationale Arbeitsübereinkommen und 39 Empfehlungen angenommen worden. Diese Uebereinkommen und Empfehlungen erstrecken sich auf alle Aufgabengebiete der Sozialpolitik, insbesondere den erhöhten Schutz für Frauen, Jugendliche und Kinder, den Arbeitszeitschutz, den Betriebsschutz, den Lohnschutz, die Sozialversicherung, die Arbeitslosigkeit in Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Schiffahrt.

Von den 32 Uebereinkommen liegen gegenwärtig 447 Ratifikationen durch 35 Staaten vor. In 25 Fällen ist die Ratifikation von der gesetzgebenden Körperschaft schon beschlossen, während in weiteren 149 Fällen die Ratifikation der gesetzgebenden Körperschaft von der Regierung empfohlen ist.



Internationales Arbeitsamt Genf
Zweigamt Berlin

Wir haben uns nie ein Hehl daraus gemacht, daß die im internationalen Parlament der Arbeitskonferenz erzielten Resultate nur dann praktisch Wirksamkeit erlangen, wenn in den einzelnen Ländern starke Kräfte vorhanden sind, die ihre Einhaltung überwachen. Die Ratifizierung eines Uebereinkommens hat eine starke moralische Wirkung. Die Stärke der Arbeiterorganisationen in den verschiedenen Ländern ist entscheidend, daß die Uebereinkommen auch tatsächlich praktisch durchgeführt und eingehalten werden.

Kollegen!

Beteiligt euch an der Werbearbeit!

12,4 Millionen Paar, wozu noch 0,2 Million Paar kommen, die in Lederschuhfabriken mitangefertigt wurden.

Die Gesamterzeugung an Schuhwerk betrug im Jahre 1930:

Bezeichnung	Schuhe ganz aus Leder	Sonst. Schuhwerk	Insgesamt Mill. Paar	Insgesamt Mill. RM
Lederschuhindustrie . . .	63,9	6,0	69,9	612,4
Hausschuhindustrie . . .	0,5	50,2	50,7	99,8

Aus Schuhindustrie u. -Handwerk

Lederindustrie im Absatzkampf

Zölle und Kontingente drosseln den Export

Im Mittelpunkt der Jahresversammlung des Zentralvereins der Deutschen Lederindustrie stand die Frage der Absperrung der wichtigsten Auslandsmärkte.

Zu dem Preisverfall erklärte der Vorsitzende, Fabrikant Ammer, daß der Absturz der Rohstoffpreise den Anteil der fixen Kosten unverhältnismäßig gesteigert habe. Der Anteil der rohen Haut am fertigen Leder sei von 70 auf 45 Prozent bei dem gegenwärtigen Preisstand gesunken, damit also der Anteil der fixen Kosten auf das Doppelte gestiegen. Seit 1927 ist die deutsche Lederproduktion mengenmäßig von 150 auf 100 Millionen Kilo, also um ein volles Drittel, gesunken. Eine Stützung des Binnenmarktes durch den Export werde durch die Zoll- und Kontingentspolitik des Auslandes immer mehr zur Illusion. England und die USA. haben hohe Lederzölle eingeführt, Italien und andere wichtige Absatzländer haben ihre Zölle fast ausnahmslos vervielfacht oder die Einfuhr scharf kontingentiert. Dabei betrug die Exportquote der Lederindustrie im vergangenen Jahre mit 175 Millionen Mark rund 35 Prozent des Produktionswertes. Im ersten Quartal dieses Jahres ist ein Exportverlust von rund 30 Prozent gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1929 zu verzeichnen.

In diesem Zusammenhang richtete der Referent scharfe Angriffe gegen die passive deutsche Handelspolitik, die sich besonders bei den Kontingentsverhandlungen mit Frankreich verhängnisvoll ausgewirkt habe. Eine stärkere Aktivität hätte verhindern können, daß der deutsche Ledererport nach Frankreich, der noch im letzten Jahre über 12 Millionen betragen habe, um 60 Prozent gedrosselt wurde. Mit der Erhaltung der bestehenden Handelsverträge, auf die sich die deutsche Handelspolitik im wesentlichen beschränkt hat, sei es heute nicht mehr getan, und von der Regierung müsse stärkere Aktivität zum Schutze der deutschen Exportindustrien gefordert werden.

Von den Schuhfabrik-Unternehmen

Die Schuhfabrik **Frankenstein in Burscheid,** die eine Belegschaft von 700 Arbeitern und 60 Angestellten hat, hat 150 Arbeiter entlassen. Diese Entlassung ist, wie angegeben wird, darauf zurückzuführen, daß die Firma keinerlei Aufträge aus dem Ausland erhält. Die Firma erklärt, daß sie hoffe, die restlichen 500 Arbeiter in Arbeit zu halten.

Wieder 9 Prozent Dividende. Bei der Conrad Tack & Cie. AG., Berlin und Burg bei Magdeburg, sind die Einnahmen auf Warenkonto im Geschäftsjahr 1931 auf 3068588 (3449112) RM. zurückgegangen, während die Einnahmen auf GmbH.-Konto auf 526349 (375312) RM. stiegen. Es erforderten auf der anderen Seite Verwaltungskosten 2663912 (2804582) RM., so daß nach Abschreibungen von 381853 (485081) RM. einschließlich 90558 RM. Vortrag ein erhöhter Reingewinn von 652657 (646958) RM. verbleibt. Hieraus sollen, wie wir bereits meldeten, wieder 6 Prozent auf 20000 RM. Vorzugsaktien und wieder 9 Prozent auf 5280000 RM. Stammaktien zur Ausschüttung gelangen.

Die **Erfurter Mechanische Schuhfabrik** AG. hat ihren Gläubigern ein Vergleichsverfahren angeboten. Die Schwierigkeiten der Firma sind vornehmlich durch die Direkt-Schuhläden entstanden.

Belgien gegen Bata. Auf Grund von Beschwerden belgischer Schuhfabrikanten über die Absatzerschwerung infolge zu starker Einfuhr tschechischer Schuhwaren, wurden zwischen der belgischen und tschechischen Regierung Verhandlungen eingeleitet, deren Ergebnis die Einfuhr auf bestimmte Schuhsorten auf ein festgelegtes Quantum beschränkt. Hiervon ist vor allem der Schuhfabrikant Bata betroffen, der neuerdings auch in ganz Belgien Niederlassungen hat. Da nach unseren Informationen das bewilligte Einfuhrkontingent nur etwa ein Zehntel des bisherigen Bedarfes ausmacht, soll Bata beabsichtigen, auch in Belgien eine größere Fabrik zu errichten.

Teilstillegung der Bally-Schuhfabriken. Wie aus Zürich gemeldet wird, müssen die Bally-Schuhfabriken AG. infolge der englischen Zollerhöhungen ihre Fabrik in Graenichen vollständig schließen, die ausschließlich für den Export nach England gearbeitet hat.

An die Delegierten des Verbandstages!

Werte Kollegen!

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Mainz hat dafür Sorge getragen, daß die Verbandstagsteilnehmer gute Unterkunft finden.

Ausgabe der Hotelkarten sofort nach Ankunft in Mainz im Gasthaus „Zum Altmünsterhof" am Bahnhof.

Alle Anfragen, betreffend besondere Wünsche für die Zimmer, bitten wir zu richten an Wilh. Kämmerer, Mainz, Bebelring 11.

Wahlergebnis zum Verbandstag

Stichwahlresultat

17. Wahlkreis: Bezirk VII. Abgegeben wurden 925 gültige Stimmen. Hiervon erhielt J. Neumann (Pegau) 570 und J. Kantwerk (Löbau) 355. Somit gewählt Neumann (Pegau).

Aus den Arbeitervereinen

Lernt fliegen beim Sturmvogel!

Sportfliegerausbildung für 250 RM

Trotz der Ungunst der Zeit ist es dem „Sturmvogel", Flugverband der Werktätigen e. V., Berlin SW. 29, Zentralflughafen, gelungen, alle Vorbereitungen zu treffen, um in Kürze seine Verbandsfliegerschule zu eröffnen. Der Sitz der Schule ist der Flugplatz Berlin-Johannisthal. Für die Ausbildung stehen vorläufig neun Flugzeuge zur Verfügung.

Von dem Gedanken ausgehend, daß es ungerecht wäre, den begabten und fleißigen Schüler bezüglich der Ausbildungszeit und der Ausbildungskosten mit dem schwachen oder gleichgültigen Schüler auf eine Stufe zu stellen, sind dem Ausbildungs- und dem Kostenplan die in §§ 4 und 5 der Anlage 3 der Verordnung über Luftverkehr aufgestellten Mindestforderungen zugrunde gelegt worden. Nach den genannten Bestimmungen muß die gesamte Ausbildung mindestens 15 Flugstunden umfassen, wobei mindestens 60 Uebungsflüge und vier Außenlandungen neben den erforderlichen Schulflügen nachgewiesen werden müssen. In der genannten Zeit sind die Prüfungsflüge eingeschlossen.

Zur Vorbereitung auf die gesetzlich geforderte theoretische Prüfung und zur Vermittlung der für den A-Piloten für den praktischen Flugbetrieb notwendigen Kenntnisse sind im Lehrplan 120 Stunden, und zwar 60 Stunden theoretischer Unterricht und 60 Stunden praktischer Werkstattunterricht, vorgesehen.

Die Ausbildungszeit wird im allgemeinen zwischen ein und zwei Monaten liegen, je nachdem der Schüler ohne Berufsunterbrechung oder z. B. während seines Urlaubs ausgebildet werden soll.

Unter dieser Voraussetzung kann erworben werden:

1. der Zwischenschein der Klasse A — 1 für 250.— RM,
2. der Führerschein der Klasse A — 1 für 425.— RM,
3. der Zwischenschein der Klasse A — 2 für 325.— RM,
4. der Führerschein der Klasse A — 2 für 525.— RM.

Zum Zwischenschein ist noch zu sagen, daß er im allgemeinen nur für die Dauer von sechs Monaten ausgestellt wird und für Flüge ohne Flugpaß auch außerhalb der Flughafenzone gilt.

Die Zahlen beweisen, daß der „Sturmvogel" im Rahmen des materiell Möglichen auch hier seinem Grundsatz treu geblieben ist, durch bahnbrechend niedrige Preise den weitesten Kreisen den Zugang zum Motorflugsport zu ermöglichen.

Die Zurücklegung der erforderlichen Geldsumme soll durch ein besonderes System von Sparscheinen noch erleichtert werden.

Mitteilungen

Erfurt

Manieren wie im Dritten Reich!

Herr Erich Hofmann, in Firma Hofmann & Stenger, Schuhfabrik in Erfurt, scheint sich schon mitten im Dritten Reich befindlich zu betrachten, was folgender Vorfall, welcher sich in diesen Tagen abspielte, zeigt.

Der Betriebsrat bzw. Arbeiterrat hatte eine Sitzung einberufen, in welcher über Einsprüche von entlassenen Arbeitskollegen sowie über die Festsetzung der Ferien, die festzusetzen von der Firma unbegründeterweise abgelehnt wurde, verhandelt werden sollte. Aus diesem Grunde hatte der Arbeiterrat, gestützt auf § 31 des Betriebsrätegesetzes, den Unterzeichneten als Organisationsvertreter eingeladen, was das gute Recht des Betriebsrats ist, und wohl heute auch von keinem normal denkenden Arbeitgeber mehr angezweifelt wird.

Anders jedoch bei Herrn Erich Hofmann. Schon beim Erscheinen des Unterzeichneten versuchte der Herr Betriebsleiter Schuh die Anwesenheit des Organisationsvertreters in der Arbeiterratssitzung als nicht zulässig zu erklären und stützte sich auf seine Instruktionen, nach denen mein Zutritt in das Gebäude verboten sei. Als dem Herrn in aller Ruhe bedeutet wurde, daß meine Anwesenheit vom Arbeiterrat gewünscht und daher gesetzlich begründet ist, und ich daher an der Sitzung teilnehmen würde, verständigte Herr Schuh Herrn Hofmann, der kurz vorher dem Arbeiterrat gegenüber erklärt hatte, daß er keine Zeit habe und daß es bezüglich der Einsprüche bei den Entlassungen bleibe.

Herr Hofmann hatte jetzt auf einmal Zeit und erschien höchst persönlich mit der Frage, was ich hier suche. Nach der entsprechenden Aufklärung, und nachdem ich meine Verwunderung darüber zum Ausdruck brachte, daß man mir die Anwesenheit an der Arbeiterratssitzung verweigern wolle, schrie mich Herr E. Hofmann an: „Sie haben hier überhaupt nichts zu suchen, verlassen Sie das Grundstück!" Er werde mich wegen Hausfriedensbruchs anzeigen usf. Auf die Entgegnung, daß ich als Organisationsvertreter nach dem Betriebsrätegesetz berechtigt sei, an der Arbeiterratssitzung teilzunehmen und mich durch niemanden daran hindern lasse, schrie der Herr mich an: „Ich sch . . . . auf die Organisation, hier bin ich Herr im Hause; wenn Sie nicht sofort mein Grundstück verlassen, lasse ich sofort das Ueberfallkommando holen." Er rief wie besessen nach der Polizei. (Scheinbar hat Herr E. Hofmann ein eigenes Ueberfallkommando zur persönlichen Verwendung, weil er damit bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit droht.) Als jedoch auch diese Drohung mich nicht rührte und nochmals darauf hingewiesen wurde, daß die Sitzung des Arbeiterrats unter meiner Anwesenheit stattfinde, verstieg sich Herr E. Hofmann zu der Drohung: „Ich schmeiße Ihnen die Bücher ins Gesicht", wobei er mit lautem Knall die Bücher auf den Tisch warf. Dies wurde nun dem Arbeiterrat doch auch zu dumm, und da er auf die Frage, ob der Arbeiterrat unter meiner Anwesenheit in dem Zimmer tagen könne, eine verneinende Antwort erhielt, wurde die Sitzung des Arbeiterrats auf Kosten der Firma in das nächstliegende Lokal verlegt.

Dieser Vorfall bezeichnet treffend die Situation, in der sich die Arbeiterschaft befindet. Herr E. Hofmann pfeift auf die Organisation der Arbeiter. Er selbst ist aber Vorsitzender der Schuhfabrikanten in Erfurt. Herr Hofmann weiß ganz gut die Organisationsvertreter bei anderer Gelegenheit zu finden, wenn es sich um Mitwirkung in Betriebsinteressen dreht.

Herr Hofmann wagt es, einer Belegschaft gegenüber einen Ton anzuschlagen, die an Zugeständnissen aller Art, selbst ohne Wissen der Organisation, manches geleistet hat. Aber die Arbeiterschaft der Firma Hofmann & Stenger wird aus diesen Vorfällen die Lehre ziehen, daß nur straffster Zusammenhalt und restlose Organisierung der Belegschaft Mittel sind, damit die Bäume diktatorisch veranlagter Herren nicht in den Himmel wachsen.

Wie man erfährt, hat nun Herr Erich Hofmann den Betriebsratsvorsitzenden, den Kollegen Schneider, fristlos entlassen, wegen angeblicher Beleidigung des Herrn Hofmann. — Sollen diese Provokationen so weitergehen? Auf alle Fälle werden sich aus den Vorfällen noch entsprechende gerichtliche Nachspiele ergeben.

K. Möckel.

Von Woche zu Woche

Wichtiges in aller Kürze

Die neue Reichsregierung, die am 2. Juni auf die Verfassung vereidigt wurde, setzt sich wie folgt zusammen: Reichskanzler von Papen; Minister des Innern: Freiherr von Gayl; Außenminister: Freiherr von Neurath; Finanzminister: Graf Schwerin von Krosigk; Wehrminister: Generalleutnant von Schleicher; Justizminister: Dr. Gürtner; Wirtschaftsminister: Prof. Dr. Warmbold; Minister für Ernährung und Landwirtschaft: Freiherr von Braun; Post- und Verkehrsminister: Freiherr von Eltz-Rübenach; Arbeitsminister: Schaeffer, bisher Präsident des Reichsversicherungsamtes.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Durchschnitt des Monats Mai auf 121,1 gegenüber 121,7 im Vormonat. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 0,6 Prozent auf 112,7, für Heizung und Beleuchtung um 1,5 Prozent auf 133,8, für Bekleidung um 0,4 Prozent auf 117,8 und für sonstige Bedarf um 0,1 Prozent auf 166,5. — Dieser Rückgang der Teuerung steht aber nur auf dem Papier. Der Posten Heizung kommt schon gar nicht in Betracht. Der Rückgang der Indexziffer für Ernährung beruht auch darauf, daß nicht im geringsten auf die frischen Nahrungsmittel Rücksicht genommen ist, die für jeden Menschen nach der Winterszeit ein unbedingtes Lebensbedürfnis sind.

Billige Urlaubstage!

Gezwungen durch die heutige Zeit, haben wir die Pensionspreise in unseren Heimen ab 5. Juni erneut ermäßigt. Sie sind jetzt so gestellt, daß sie als durchaus erschwinglich bezeichnet werden können, betragen sie doch nur 3.50 bis 4.— RM.

Unsere Heime haben nur Einzelzimmer mit ein, zwei und drei Betten. Die Ausstattung ist angenehm und die Lage der Heime reizvoll.

Fordern Sie bitte unseren Prospekt, wir übersenden ihn gern (kostenlos) und erteilen bereitwilligst Auskunft.

Anfragen bitte Rückporto beilegen.

Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H.
Sitz Jena, Marienstraße 4.

Literatur

Um die Löhne der Gemeindearbeiter wird ein stiller aber zäher Kampf geführt. Das neue Heft der Zeitschrift „Die Gemeinde" bringt einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung und den Stand des Kampfes. Das Heft 10 hat auch sonst eine Anzahl materialreicher Aufsätze: Der Streit um die Gültigkeit des neuen preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes, die wichtigen Neuerungen im neuen preußischen Dienststrafrecht, sowie die Aufgaben der Jugendämter in der heutigen Zeit werden von Fachleuten behandelt. Jeder Kommunalpolitiker benötigt die „Gemeinde" und bestellt sie für 3 RM vierteljährlich bei der Post, der Volksbuchhandlung oder beim Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Schriften der Sozialistischen Vereinigung für Wirtschafts- und Gesellschaftsforschung. Heft 1: „Die wirtschaftlichen Funktionen der Sozialversicherung". 134 Seiten. Berlin 1932. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 6 a. Ladenpreis 3.40 RM. Organisationspreis 2.80 RM. In diesem Buche wird zum erstenmal von sozialistischer Seite der Versuch unternommen, die Wirkungen der Sozialversicherung auf den Ablauf des Wirtschaftsprozesses von Grund auf wissenschaftlich zu erforschen.

Le Traducteur, französisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt. Das in der Schule gelernte Französisch lebendig zu machen und das Lesen und Sprechen geläufig werden zu lassen, als ob man da drüben gelebt und studiert hätte, erreicht man, wenn man den Traducteur sich hält. Probeheft kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux de Fonds (Schweiz).

Heft 11 der „Marxistischen Tribüne" bringt aus Anlaß des Sturzes der Regierung Brüning in einer ausführlichen redaktionellen Betrachtung über „Unsern Staat" eine Analyse der sozialen und ökonomischen Hintergründe des „Systems" und seiner Wechselbeziehungen zur „Militärkamarilla". Die „Marxistische Tribüne", Halbmonatsschrift für Politik und Wirtschaft, Verlag E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30, kostet monatlich 85 Rpf. Zu beziehen auch durch die Post.

Soziale Bauwirtschaft. Bezugspreis vierteljährlich 2 RM. Einzelpreis 80 Rpf. Aus dem soeben erschienenen Heft 11 der Sozialen Bauwirtschaft sind als lesenswert die Aufsätze über Siedlung, eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit von Rudolf Peters, Autarkie und offene Welt, Arbeitsbeschaffung und Bauwirtschaft und der Bericht des Instituts für Konjunkturforschung über die Lage der Bauwirtschaft besonders hervorzuheben.

Proletariernovellen. Von Martin Andersen Nexö. Der Dichter Martin Andersen Nexö ist heute längst über die Geltung und Bedeutung im Rahmen der proletarischen Literatur hinausgewachsen. Er gehört zu den wenigen, die begründet Anspruch auf den Nobelpreis für Literatur erheben können. Seine großen Romane „Pelle der Eroberer" und „Stine Menschenkind" zählen zu den epochemachenden Werken der Weltliteratur. Sie haben wirklich „Epoche gemacht", nämlich die Epoche der Literatur, in der die Arbeiter aufhören, der bemitleidete Gegenstand einer sozialen Kunst zu sein, und in der sie selbst ihre Stimme erheben und eine eigene Arbeiterliteratur schaffen. Nexös Bücher sind keine „Zeiterscheinungen", sie überdauern ihr Jahrhundert.

Das gilt nicht nur von den großen Romanen, das gilt in nicht minderem Maße auch von den Erzählungen Martin Andersen Nexös. Gerade in seinen Erzählungen erweist sich der Dichter als der bedeutende Menschengestalter und der Meister der Sprache. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Büchergilde Gutenberg nach den Romanen „Pelle der Eroberer", „Stine Menschenkind" und „Die Familie Frank" jetzt einen Band Novellen herausgebracht hat: Proletariernovellen, in Leinen gebunden, Preis 2,70 RM. Sie setzt damit ihre Martin-Andersen-Nexö-Volksausgabe fort.

Der Roman „Schanghai" von Sergei Alymow, ins Deutsche übertragen von Boris Krotkoff, jetzt bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, in Leinen gebunden und zum Preise von 2,70 RM erschienen, führt mitten hinein in diese erste Erschütterung, und wir erleben den ersten großen Zusammenprall zwischen China und der weißen Zivilisation. Der Autor versteht es meisterhaft, das alte China mit seiner versunkenen Kultur und mit seinem grauenhaften Elend in den unteren Schichten darzustellen und dann zu zeigen, wie die Söhne und Töchter aus reichen und alten chinesischen Familien von der Kultur amerikanischer und europäischer Länder erfaßt werden. Der Roman hat ein ungeheures Tempo, und er ist erfüllt von einer Gluthitze, die den Leser erfaßt und die feine Spannung oft bis an die Grenze des Erträglichen steigert.

Ein Buch von Hodann bei der Büchergilde. Im Gegensatz zu jenen Werken, die den ausgesprochenen Zweck erkennen lassen, der sexuellen Aufklärung nur so weit zu dienen, wie es im Interesse des heutigen Staates und der heutigen Gesellschaftsordnung liegt, stoßen die Bücher von Dr. Max Hodann gegen die Ursachen und Urheber jahrhundertelanger Sexualnot vor. Hodann schreibt nicht nur um von der Kunst des Liebesverkehrs zu erzählen, um junge Eheleute und schwangere Frauen zu beraten, sondern seine Bücher haben die deutliche Absicht, die bisherigen Privilegien der besitzenden Klasse auf diesem Gebiete — kultivierte Erotik, Geburtenregelung, Empfängnisverhütung und so manches andere — zum Eigentum der proletarischen Massen zu machen. Zeitweilige Beschlagnahme des bedeutendsten Buches von Hodann „Geschlecht und Liebe" hat nur dazu beigetragen, Erfolg und Verbreitung dieses Werkes zu fördern. Die Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5, hat sich jetzt in den Dienst der von Hodann geführten Arbeit für die Sexualaufklärung gestellt und „Geschlecht und Liebe" in einer Vorzugsausgabe für die Mitglieder dieser Gemeinschaft werktätiger Buchleser zum Preis von 2,70 RM in Leinen herausgebracht.

„Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen (15.) Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands." Verlag ADGB., Berlin S 14, Inselstraße 6a. 107 Seiten. Die Gewerkschaftsmitglieder haben durch die Broschüre „Arbeitsbeschaffung — die Forderung der Gewerkschaften", die in Massen verbreitet wurde, von einem Teil dieser Verhandlungen bereits Kenntnis erhalten. Die neue Veröffentlichung bringt die stenographische Verhandlungsniederschrift sowie die zur Annahme gelangten Entschließungen.

An die Spalter!

Zu keiner Stunde, keiner Zeit,
Wie auch die Stürme drohten,
War Schlagkraft uns und Einigkeit,
War dringende Geschlossenheit
Als jetzt fürwahr geboten.

Des Gegners Mordstahl ist gewetzt,
Wie wir es täglich sehen.
Mit allen Mitteln wird gehetzt,
Drum sollten folglich wir doch jetzt
Erst recht zusammenstehen.

Ihr Nörgler nur fühlt euch immun
Und wollt nicht Treue halten.
Euch läßt der Zwittergeist nicht ruhn,
Und wißt nichts Besseres zu tun,
Als euch von uns zu spalten. J. W.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 12. bis 18. Juni ist der 25. Beitrag fällig

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg. Redaktion: Otto Trefflich, Nürnberg 4 (Abholfach). — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher (J. Simon, Nürnberg).